

Matthias Schindler

# Welche internen Gründe gab es für das Scheitern der Sandinistischen Revolution?

Demokratie und Autoritarismus unter der FSLN-Regierung in Nicaragua (1979-1990)

Dieser Text basiert auf der Abschlussarbeit des Studiums der Politikwissenschaft an der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg, um den Titel Bachelor of Arts (BA) zu erlangen.

Hamburg, im August 2018

Matthias Schindler

schindlerm@gmx.net

(Version 28.08.2018)

"Eine Revolution,  
die sich nicht demokratisiert,  
beginnt schon  
unmittelbar nach ihrer Geburt  
wieder zu verschwinden."

Orlando Núñez (1989), *Democracia y Revolución: Simposio Internacional*

"Eine Organisation, die  
die kollektive Diskussion und  
die Teilnahme ihrer Mitglieder  
an den dringenden Problemen der Bewegung  
nicht stimuliert,  
ist eine Organisation,  
die schnell veraltet,  
die an Dynamik verliert,  
deren Stärke schwindet  
und die sich schließlich  
politisch selbst liquidiert."

FSLN (1979), *Documento de las 72 Horas*



# Inhalt

1	Einführung .....	7
1.1	Fragestellung .....	7
1.2	Methodisches Vorgehen .....	9
2	Kurzer historischer Abriss .....	11
3	Wurzeln und Entwicklung des Sandinismus.....	12
3.1	Von Sandino zu Fonseca .....	12
3.2	Entwicklung der Programmatik.....	14
3.3	Demokratie und Revolution.....	18
4	Sandinistische Periode .....	20
4.1	Rahmenbedingungen der Revolution .....	20
4.2	Entwicklung des sandinistischen Staates.....	21
4.3	Massenorganisationen .....	25
4.4	Menschenrechte .....	31
4.5	Partizipative Demokratie .....	33
4.6	Rechtsstaatlichkeit .....	35
4.7	Innerparteiliche Demokratie .....	37
5	FSLN an der Macht: demokratisch und autoritär .....	39
	Abkürzungen .....	44
	Literaturverzeichnis.....	46
	Anhang .....	52



# Welche internen Gründe gab es für das Scheitern der Sandinistischen Revolution?

## Demokratie und Autoritarismus unter der FSLN-Regierung in Nicaragua (1979-1990)

"Wenn die Gringos es unbedingt wollen, dann zeigen wir ihnen eben auch auf dem Stimmzettel, dass wir hinter der *Frente* stehen." (Antwort eines unbekanntes Campesinos auf meine Frage, was er von den kommenden Wahlen in Nicaragua halte, im Januar 1984 in den Bergen von Miraflores, Estelí, M.S.)

"Die Armee der *Contras* wuchs nicht weit über das Maß hinaus, das die Nordamerikaner erwartet hatten, weil diese so ausgeklügelte Rekrutierungskampagnen auf dem Lande [...] unternahmen, sondern wegen der Auswirkungen der Politik, der Begrenztheit und der Irrtümer des Sandinismus in Bezug auf die Kleinbauernschaft." (Bendaña 1991: 13)

## 1 Einführung

### 1.1 Fragestellung

In den 1980er Jahren fiel das Augenmerk der Weltöffentlichkeit unversehens auf das kleine mittelamerikanische Land Nicaragua, wo die *Nationale Sandinistische Befreiungsfront FSLN* (Frente Sandinista de Liberación Nacional)<sup>1</sup> im Juli 1979 durch einen Volksaufstand an die Macht gekommen war. Die Welt wurde Zeuge einer Revolution, die von der US-Regierung massiv bekämpft wurde, die gleichzeitig aber auch große Teile der internationalen Linken begeisterte und bis weit ins konservative politische Lager hinein eine breite Unterstützung gewann. Anfang 1990 wurde die FSLN überraschenderweise abgewählt und übergab die Macht an die neu gewählte konservative Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro.

---

<sup>1</sup> In diesem Text auch: "Sandinistische Befreiungsfront", "Befreiungsbewegung", "Sandinisten" oder auch nur "FSLN" oder "Frente".

Die *Sandinistische Revolution*<sup>2</sup> war weder eine Kopie der kubanischen Revolution und noch viel weniger vom *realen Sozialismus*<sup>3</sup> sowjetischer Prägung. Sie zeichnete sich insbesondere dadurch aus, dass Humanismus und Menschenrechte hohe politische Güter für sie waren, dass sie sowohl von Christen als auch Marxisten getragen wurde, dass sie einen breit gefächerten Parteienpluralismus besaß, eine oppositionelle Presse zuließ und eine "gemischte Wirtschaft" anstrebte.

Der damalige Präsident Daniel Ortega ist seit 2007 auch aktuell wieder das Staatsoberhaupt Nicaraguas. Inzwischen ist er einer der reichsten Männer des Landes, bestens vernetzt mit der alten und neuen Oberschicht und unangefochtener Herrscher über alle Verfassungsorgane. Er hält jegliche Opposition nach der Methode von Zuckerbrot und Peitsche nieder. Die meisten seiner ehemaligen Mitkämpfer/innen haben sich inzwischen politisch von ihm losgesagt.

Wie konnte es zu solch einem Wandel kommen? War das offene, humanistische, pluralistische Nicaragua der 1980er Jahre eine reine Illusion? War die Sandinistische Revolution nur eine weitere unter vielen anderen, die am Ende alle ihre eigenen Ideale verrieten? Oder gab es doch etwas Besonderes an dieser Revolution, das sie von früheren sozialen Umwälzungen qualitativ unterschied und eine Weiterentwicklung gegenüber bisherigen Erfahrungen darstellte?

Die Deformationen der FSLN allein mit äußeren Faktoren, wie der US-Aggression, der wirtschaftlichen Krise in den "verlorenen" 1980er Jahren oder dem Einfluss der katholischen Kirche zu erklären, greift zu kurz. Die Sandinist/innen<sup>4</sup> haben im Befreiungskampf zu Tausenden ihr Leben für ihre Freiheitsideale riskiert und auch geopfert. Dann hätten die Überlebenden ihren Idealen auch nach dem Triumph<sup>5</sup> treu bleiben können. Es ist das zentrale Anliegen dieser Arbeit, einige der internen Gründe herauszuarbeiten, die mit für die Degeneration der FSLN und die Abwahl der sandinistischen Regierung 1990 verantwortlich sind.

Aus meiner Sicht ist es für eine politische Bilanz der Sandinistischen Revolution von essenzieller Bedeutung, die Rolle der Demokratie in der sandinistischen Bewegung zu untersuchen, in ihren Gründungsdokumenten, während des Befreiungskampfes und dann auch während der Regierungszeit der FSLN. Sicherlich gibt es auch bezüglich der Kultur-, der Innen- und der Wirtschaftspolitik, der internationalen Orientierung oder auch der Verteidigung wichtige Aspekte sandinistischen Regierungshandelns, die zum politischen Niedergang der FSLN beigetragen haben. In dieser Arbeit möchte ich mich jedoch auf die Untersuchung des politischen Systems

---

<sup>2</sup> Ich verwende hier Großschreibung, weil ich unter dem Ausdruck "Sandinistische Revolution" die Periode der Herrschaft der FSLN vom Juli 1979 bis zum April 1990 verstehe.

<sup>3</sup> Von der damaligen DDR ausgehende Selbstbezeichnung des sowjetisch geprägten Sozialismus, vor allem in Abgrenzung zu links und demokratisch-sozialistisch motivierten Kritiken an diesem Modell, die als utopisch und damit für die aktuelle Situation als irrelevant bezeichnet werden (Ziemer 2004).

<sup>4</sup> Wenn es um die politische Strömung, die Organisation, die Partei oder die FSLN geht, dann benutze ich die nicht-feminisierte Form "Sandinisten", wenn es aber um die einzelnen Menschen geht, dann verwende ich die feminisierte Form "Sandinist/innen".

<sup>5</sup> Der Ausdruck "Triumph" (el triunfo) wird in diesem Text benutzt, weil er sich fest im nicaraguanischen Sprachgebrauch verankert hat und mit dem Sturz der Somoza-Diktatur identifiziert wird.



des Sandinismus an der Macht konzentrieren, weil dies eine unverzichtbare Basis für das Verständnis auch der anderen genannten Themenbereiche ist.

Ich werde versuchen aufzuzeigen, dass das herausragende politische Merkmal der Sandinistischen Revolution ihre demokratische Prägung war, die weit über die demokratischen Strukturen hinausging, die in den kapitalistischen Metropolen oder in den sogenannten sozialistischen Gesellschaften praktiziert wurden. Gleichzeitig litt sie aber auch an dem Schwachpunkt, dass sie die demokratischen Mechanismen weder in der Theorie noch in der Praxis ausreichend entwickelt hatte, was letztlich zu einem der wichtigsten Gründe ihres Scheiterns wurde. Sie konnte im eigenen Land und international eine breite und tiefgehende Unterstützung gewinnen, weil sie ein ungewöhnlich hohes Maß an demokratischen Freiheiten und Rechten verwirklicht hatte, aber gleichzeitig ging sie daran zu Grunde, dass sie zu autoritär strukturiert war.

## 1.2 Methodisches Vorgehen

Die Aufarbeitung dieser Erfahrung wird durch einige spezifische Umstände erschwert: So gibt es seitens der wichtigsten Protagonisten der Sandinistischen Revolution – den damals "allmächtigen" 9 *Comandantes de la Revolución*<sup>6</sup> – selbst 27 Jahre nach der Abwahl der FSLN keine einzige größere Untersuchung über die Stärken und Schwächen, über die Erfolge und Misserfolge dieser Revolution. Weiterhin wird eine Bilanz dieser Revolution teilweise (wenn überhaupt) in einer Art von Schwarz-Weiß-Malerei diskutiert, die nicht viel Raum für differenziertere Betrachtungsweisen lässt. Das internationale Interesse ist mit der Abwahl der Sandinisten 1990 derartig zusammengebrochen, dass auch außerhalb Nicaraguas – mit Ausnahme einiger Masterarbeiten und Dissertationen – kaum mehr eine ernsthafte Diskussion über diese Revolution stattgefunden hat. Außerdem ist es in Nicaragua aktuell sehr schwer, authentische Informationen über die 1980er Jahre zu bekommen. Teilweise führt die immer noch spürbare tiefe Frustration vieler Akteure über das Ergebnis dieser Revolution vielfach zu einem ratlosen Schweigen. Andererseits herrscht unter der heutigen erneuten Präsidentschaft Ortegas ein Sekretismus, in dessen Folge wichtige Archive für Forschungsarbeiten nicht zur Verfügung stehen. Schließlich hat auch der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" zu einem weit verbreiteten Desinteresse an sozialistisch orientierten Emanzipationsprozessen geführt.

Die hier vorliegende Arbeit basiert vor dem Hintergrund meines langjährigen praktischen Engagements für Nicaragua und einer entsprechenden politischen Auseinandersetzung mit diesem Land hauptsächlich auf dreierlei Quellen: Erstens finden sich die programmatischen Aussagen der Sandinisten in Originaltexten der FSLN und ihrer Repräsentanten. Zweitens werden die wesentlichen politischen Ereignisse der 1980er Jahren in zahlreichen Veröffentlichungen dargestellt, die in eben dieser Periode verfasst wurden (u.a. Christian 1985; Gilbert 1988; Hodges 1986; Nolan 1985; Sklar 1988; Vilas 1984; Walker 1985). Drittens gibt es relativ wenige nach 1990 erarbeitete rückblickende Bilanzen: Einige ehemalige Regierungsmitglieder schrieben stark autobiografisch geprägte Erinnerungen. Auffälligerweise gibt es von keinem einzigen der

---

<sup>6</sup> Sie sind das höchste Leitungsgremium der FSLN, das auch als *Dirección Nacional*, *DN* (Nationale Leitung) bezeichnet wird, nähere Erläuterungen siehe Abschnitt 4.7.

Comandantes de la Revolución solche Aufzeichnungen, sondern nur von den "zivilen" Vertretern (Cardenal 2004; Cardenal 2009, Cruz 2010; d'Escoto 2009; Hassan 2009; Ramírez 1991 u. 2001). Weiterhin veröffentlichten Sandinist/innen, die in weniger prominenter Position an diesem Prozess beteiligt waren, ihre eigenen politischen Einschätzungen zu bestimmten Einzelthemen (Baltodano 2014, Belli 2003; Bendaña 1991; Fonseca Terán 2005; Martínez Cuenca 1990; Núñez Soto 2014; Vargas 1991). Schließlich befassten sich noch einige andere Autoren aus wissenschaftlicher Sicht (Martí i Puig / Close 2009; Walker 1991 u. 2003) oder aus einer klar anti-sandinistischen Perspektive (Garvin 1992; Miranda / Ratliff 1994) mit der Sandinistischen Revolution.

Der Fokus dieser Arbeit liegt nicht in der Diskussion über das grundsätzliche Für und Wider der Sandinistischen Revolution, sondern auf der Untersuchung der Demokratie – ihrer Stärken und Schwächen – innerhalb dieser Revolution. Daher gehe ich auch kaum auf die Argumente von deren Gegnern ein, sondern konzentriere mich auf die Darstellung, Analyse und Kritik von Positionen innerhalb des Sandinismus und seiner Unterstützer/innen.

Auch eine Bestimmung dieser Revolution nach ihrem Klassencharakter – bürgerliche Reform, sozialistische Revolution oder etwas Drittes – ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung, denn die hier diskutierten demokratischen Werte und Strukturen haben aus meiner Sicht eine über der jeweiligen Gesellschaftsform stehende Bedeutung und Wichtigkeit. Dies bedeutet, dass es wichtig ist, sich unter allen gesellschaftlichen Verhältnissen für möglichst umfassende demokratische Prozesse einzusetzen.

Weiterhin basiert meine Untersuchung nicht auf einer bestimmten Demokratietheorie, um den sandinistischen Prozess dann an dieser zu messen. Ich versuche vielmehr, die von der Sandinistischen Befreiungsfront selbst formulierten Ansprüche an den demokratischen Charakter ihrer Revolution herauszuarbeiten und die Praxis dieser Revolution dann an diesen zu messen. Dies wird auch eher dem Entstehungsprozess des sandinistischen Programms gerecht, das nicht auf der Basis einer klaren theoretischen Konzeption entstanden ist, sondern durch die Verarbeitung verschiedener Einzelerfahrungen und in Anlehnung an unterschiedlichste Ansätze und Traditionen, wie z.B. das liberale Selbstbestimmungsrecht der Völker, den marxistischen Sozialismus, den Lateinamerikanismus und den libertären Nationalismus Sandinos, den bewaffneten Kampf von Fidel Castro und Che Guevara, die christliche Ethik oder auch den liberalen Pluralismus (nähere Ausführungen dazu siehe 3. Kapitel dieser Arbeit).

Im folgenden 2. Teil stelle ich in groben Zügen die historischen Rahmenbedingungen der So-moza-Diktatur dar, innerhalb derer sich die sandinistische Befreiungsbewegung herausgebildet hat. Im 3. Kapitel arbeite ich die zentralen Elemente des Programms der FSLN und deren Entwicklungsschritte insbesondere im Hinblick auf seine demokratischen Aspekte heraus. Im 4. Abschnitt untersuche ich einige wichtige staatliche und gesellschaftliche Institutionen der Regierungszeit der FSLN unter dem Gesichtspunkt ihrer demokratischen Ausformung. Im 5. Teil werde ich dann meine eigenen Schlussfolgerungen aus dieser historischen Erfahrung darlegen.

## 2 Kurzer historischer Abriss

In der Periode, die hier untersucht wird, standen sich weltweit noch die beiden großen Blöcke des westlichen Kapitalismus und des sowjetisch geprägten "realen Sozialismus" im sogenannten *Kalten Krieg* gegenüber. Dies hatte zur Folge, dass viele regionale Konflikte in beliebigen Teilen der Welt als Ergebnis dieser weltweiten bipolaren politischen Konfrontation interpretiert und nicht als lokale oder nationale Prozesse mit eigenen authentischen Charakteristika angesehen wurden.

Weiterhin war Lateinamerika allgemein und Nicaragua im Besonderen durch die starke politische und wirtschaftliche Vorherrschaft der USA geprägt. Dabei zog Nicaragua schon seit dem 19. Jahrhundert ein besonderes Interesse auf sich, weil es sich geographisch für den Bau eines interozeanischen Kanals und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen anbot. Es gibt wohl kaum ein Land, das so häufig, so lange und auf so vielfältige Weise das Ziel von gewaltsamen Interventionen von außen – hauptsächlich seitens der USA – geworden ist, wie Nicaragua (Walker 2003: vii) (siehe hierzu auch den Anhang Entwicklung Nicaraguas und Interventionen der USA).

Innerhalb des lateinamerikanischen Kontextes zeichnet sich die Geschichte Nicaraguas durch zwei Besonderheiten aus: Erstens wurde das Land 42 Jahre lang von einer Familiendynastie beherrscht, und zweitens wurde dort einer der wenigen ernsthaften Versuche unternommen, eine soziale Revolution durchzuführen (Walker 2003: 25).

1932 wird Anastasio Somoza García vom Oberkommandierenden der US-amerikanischen Besatzungstruppen Matthews und dem US-Botschafter Hanna zum Chef der von den USA gegründeten, ausgerüsteten und ausgebildeten Nationalgarde gemacht. Somoza persönlich gibt am 21. Februar 1934 den Befehl, den Freiheitskämpfer Augusto C. Sandino zu ermorden, um das von ihm angeführte sozialrevolutionäre Projekt zu vernichten (zu Sandinos politischen Vorstellungen siehe Abschnitt 3.1). Am Tag darauf überfällt und zerstört die Nationalgarde die sandinistischen Landwirtschaftskooperativen im Norden des Landes und ermordet hunderte von deren Mitgliedern (Kinloch 2015: 251-255).

1936 vertreibt Somoza García den Präsidenten Sacasa ins Exil. Aus diesem Grunde boykottieren die Konservativen die Wahlen von 1937, und Somoza García wird als Kandidat der Liberalen zum Präsidenten gewählt. Um bei den nächsten Wahlen 1941 ein zweites Mal antreten zu können, lässt er die Verfassung ändern und wird erneut gewählt. In dieser Periode schafft er einige für das State-Building wichtige Institutionen wie die Zentralbank, eine nationale Entwicklungsagentur und ähnliche Einrichtungen (ebd. 258-259), was zu einer gewissen wirtschaftlichen Entwicklung und zur anfänglichen Herausbildung einer Mittelklasse führte.

Während jedoch die arme Mehrheit des Landes davon kaum etwas zu spüren bekommt, konzentriert er immer mehr politische und auch wirtschaftliche Macht in seinen Händen. Sein ursprünglich recht bescheidenes Vermögen wird Mitte der 1950er Jahre bereits auf 50 Millionen Dollar geschätzt. 1956 erschießt der junge Dichter Rigoberto López Pérez den Diktator, wird jedoch unmittelbar danach von Sicherheitsbeamten ebenfalls getötet (Walker 2003: 28).

Daraufhin übernehmen seine beiden in Universitäten und Militäarakademien der USA ausgebildeten Söhne die zentralen Funktionen im Lande. Anastasio Somoza Debayle ist bereits seit

1955 Chef der Nationalgarde, sein Bruder Luis Somoza Debayle wird 1957 zum Präsidenten gewählt und bleibt bis 1963 in diesem Amt. Ab 1964 bis zu seinem Tod 1967 regiert er das Land krankheitsbedingt durch seine Marionettenpräsidenten René Schick und Lorenzo Guerrero. Nach blutig unterdrückten Massenprotesten wird Anastasio Somoza Debayle 1967 in stark manipulierten Wahlen zum Präsidenten gewählt (ebd. 28-30).

1972 legt ein heftiges Erdbeben das gesamte Zentrum der Hauptstadt Managua in Schutt und Asche. Dies ist für Somoza – sein Vermögen hat er inzwischen auf geschätzte 300 Millionen Dollar angehäuft – jedoch nur eine weitere willkommene Gelegenheit, sich an der danach einsetzenden internationalen Hilfe privat weiter zu bereichern. Offizieren der Nationalgarde gestattet er die Plünderung zerstörter Einkaufszentren Managuas. Mit der Entwicklung des Protests und des Widerstandes gegen dieses Regime nimmt auch die Brutalität zu, mit der Somoza gegen die Opposition vorgeht. Er greift immer wieder auf den Ausnahmezustand zurück, die Nationalgarde führt willkürliche Verhaftungen aus, sie foltert, vergewaltigt und ermordet massenweise Verdächtige in Stadt und Land (ebd. 31-32).

Die Ermordung des populären konservativen Verlegers Pedro Joaquín Chamorro wird 1978 zum Ausgangspunkt von Massenprotesten, die nicht mehr einzudämmen sind. Die Kombination von Vereinigung der revolutionären Kräfte der FSLN, stetig effektiveren militärischen Aktionen ihrer Kämpfer/innen, einer breit angelegten Bündnispolitik, einer wachsenden Bereitschaft der Menschen, an den Aufständen teilzunehmen, und der wachsende Druck seitens der Administration Carter zwingt Somoza schließlich dazu, Nicaragua im Juli 1979 zu verlassen, und führt unmittelbar danach zum vollständigen Zusammenbruch seines Systems (ebd. 34-40).

Die gesamte Herrschaft der Somozas ist einerseits durch eine grausame Repression mittels der Nationalgarde und andererseits durch gelegentliche Kompromisse mit den oppositionellen Konservativen gekennzeichnet, deren politisches Stillhalten ihnen mit gewissen Staatspositionen und materiellen Vorteilen vergolten wird. Wahlen sind dabei immer nur eine pseudo-demokratische Fassade, um von den massiven dahinter verborgenen Manipulationen abzulenken.

Nur unter diesen Bedingungen konnte eine so entschlossene und opferbereite Befreiungsbewegung, wie die FSLN, entstehen. Nur vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, wieso es schließlich zu einem breit getragenen Volksaufstand gegen das Somoza-Regime kommt, der die Sandinisten am 19. Juli 1979 an die Macht bringt.

Nach der Darstellung der wichtigsten Hintergründe, die schließlich zum revolutionären Aufstand führten, werde ich im nun folgenden 3. Abschnitt die politischen und philosophischen Grundlagen darstellen, auf denen der Sandinismus beruht.

### 3 Wurzeln und Entwicklung des Sandinismus

#### 3.1 Von Sandino zu Fonseca

Nicht allein ihre unvorstellbare Leidensgeschichte unter der Somoza-Diktatur, sondern auch das positive Beispiel der kubanischen Revolution treiben die Bevölkerung zum Widerstand. In dem stark katholisch geprägten Nicaragua motiviert darüber hinaus die Theologie der Befreiung viele Kinder der Oberschicht, die in aller Regel katholische Privatschulen besuchen, sich für

die Rechte der Armen einzusetzen. Gleichzeitig ermutigt diese neue Ausrichtung der Kirche auch die Armen selbst, ihr Leiden in Widerstand zu verwandeln.

Unter diesen Bedingungen entsteht ab 1961 die Befreiungsbewegung FSLN in einer komplizierten Kombination von Aktion und Reflexion. Sie beginnt mit Guerillaaktivitäten und führt gleichzeitig eine programmatische Diskussion. Ihre Archive und revolutionäre Literatur werden aus Gründen der Sicherheit vielfach zerstört. Gefängnis und Exil führen zu ihrer Zersplitterung und Isolation. Immer jüngerer Menschen schließen sich dem Befreiungskampf an, wodurch kaum noch einer von ihnen an einer Universität studiert. Der Zustrom immer neuer Kämpfer/innen und der Tod vieler von ihnen – einschließlich nahezu aller ihrer historischen Führer – führt zu einer hohen personellen Diskontinuität.

Carlos Fonseca Amador – 1976 im Befreiungskampf gefallen – ist nicht nur Guerillakämpfer und Gründungsmitglied der FSLN, sondern auch deren unbestrittener Vordenker, Stratege und auch der Verfasser von deren Grundsatzprogramm, das auch Historisches Programm genannt wird. Der Sieg der kubanischen Revolution 1959 motiviert und prägt die Befreiungskämpfe der gesamten lateinamerikanischen Linken. Fonseca drückt diesen Einfluss unumwunden mit den Worten aus: "Wir sind die Generation der kubanischen Revolution, die Generation Fidels." (Fonseca Amador 2006: 117)

Nach einer misslungenen Guerillaaktion 1959 in El Chaparral (Honduras) wird er schwer verletzt nach Guatemala ausgewiesen. Er kehrt jedoch nach Honduras zurück, und von dort aus gelingt es ihm, nach Kuba zu entkommen, wo seine Verwundungen behandelt werden konnten. Hier beginnt Fonseca, sich intensiver mit den Ideen Sandinos auseinanderzusetzen, und wird schließlich zu seinem glühenden Verehrer (Blandón 2013: 64-65). Augusto C. Sandino hatte 1927 begonnen, gegen die nordamerikanische Militärintervention in Nicaragua zu kämpfen, und zwang – zusammen mit seiner Bauern-Guerilla – die USA schließlich dazu, 1933 ihre Besatzungstruppen aus dem Land abzuziehen. In seinen Vorstellungen und Aktivitäten kombinieren sich unterschiedliche politische Traditionen: die Verteidigung der nationalen Souveränität, der ethnische und antiimperialistische Lateinamerikanismus, eine vielschichtige Spiritualität, Zusammenarbeit – jedoch ohne Unterordnung – mit der Komintern, sowie der mexikanischen Revolution entlehnte libertär-sozialistische Perspektiven (Bendaña 2007). Fonseca macht es sich zur Aufgabe, das Gedankengut Sandinos als einen zentralen Baustein in der Programmatik der nicaraguanischen Befreiungsbewegung zu verankern (Fonseca Amador 1985; Zimmermann 2000: 143-161).

Weiterhin bildet der Marxismus – und auch dessen spätere Interpretationen durch Antonio Gramsci oder José Carlos Mariátegui – ein Grundgerüst für die theoretische Ausrichtung und die politische Praxis der FSLN (Hodges 1986: 161-196). Die Sandinisten grenzen sich jedoch klar gegenüber der an Moskau orientierten *Sozialistischen Partei Nicaraguas PSN* (Partido Socialista de Nicaragüense) ab, indem sie den bewaffneten Kampf befürworten und eine sozialistische Umwälzung anstreben (Fonseca Amador 2006: 148-162). Fonseca selbst, viele weitere Führungspersönlichkeiten und auch normale Kämpfer/innen der FSLN waren vorher Mitglieder der PSN.

Mit der Hinwendung der katholischen Kirche zu den Armen wird auch die Theologie der Befreiung zu einem weiteren wichtigen Element des Sandinismus. So kommen nicht nur die Priester, die später Ministerposten übernehmen sollten, sondern auch eine Reihe von Kommandant/innen und auch normalen Kämpfer/innen der FSLN aus der christlichen Basisbewegung.

Laut Fonseca (ebd. 131) sollen im sandinistischen Programm die Positionen der "großen Revolutionäre der Geschichte: Karl Marx, Augusto [C.] Sandino, Camilo Torres und Ernesto Ché Guevara" zusammenfließen.

Nach dieser kurzen Benennung der wichtigsten Denkrichtungen, die in die sandinistische Programmatik eingeflossen sind, werde ich im nächsten Abschnitt die wesentlichen Schritte umreißen, in denen sich dieses Programm entwickelte.

### 3.2 Entwicklung der Programmatik

So zielstrebig die FSLN auch für die Erringung der politischen Macht gekämpft hatte, so wenig war sie auf diese Aufgabe vorbereitet, als sie sie tatsächlich übernahm. Aufgrund der harten Repression unter Somoza kam es nur sporadisch zu kleineren Versammlungen einiger ihrer führenden Kader im Ausland, um ihre programmatische und taktische Ausrichtung festzulegen. Die meisten ihrer Mitglieder kämpften weit verstreut auf dem Lande oder in der Stadt im Untergrund gegen die Diktatur. Außer einigen klandestinen Zellen gab es innerhalb des Landes keine stabile Partei-Struktur. Die meisten Mitglieder der FSLN kannten sich nicht. Die Nationale Leitung der FSLN kann sich erst zwei Tage nach dem Sieg der Revolution das erste Mal vollständig zusammensetzen (Ramírez 2001: 97-99).

Die Programmatik der FSLN bildet sich in einem längeren politisch-organisatorischen Prozess heraus, der 1961 beginnt und anhand der fünf folgenden Texte dargestellt wird:

In ihrem 1969 veröffentlichten *Historischen Programm* (Programa Histórico) definiert sich die FSLN (1984: 13-14) als eine politisch-militärische Organisation, die die politische Macht übernehmen und eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Elend aufbauen will. Die Somoza-Diktatur soll durch eine revolutionäre Regierung, die auf dem Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft beruht, ersetzt werden.<sup>7</sup>

Diese Regierung soll u.a. folgende Freiheitsrechte sicherstellen: volle Partizipation des gesamten Volkes auf nationaler und lokaler Ebene, volle Ausübung aller individuellen Freiheiten und Respektierung der Menschenrechte, Recht auf freie Meinungsäußerung, Recht auf die Bildung von Gewerkschaften und anderen Organisationen der Landarbeiterschaft, der Jugendlichen, der Studenten, der Kultur usw. (ebd. 16-17).

---

<sup>7</sup> In dem Programm wird von einer "alianza OBRERO-CAMPESINA" (Hervorhebung im Original) gesprochen, aber da es zu jener Zeit erst ein sehr schwach ausgebildetes Industrie-Proletariat gibt, wird "obrero" im weiteren Sinne als abhängig Beschäftigte verstanden, und entsprechend umfasst "campesino" sowohl die Landarbeiterschaft, als auch die Kleinbauern.

Im ökonomischen Bereich wird die Enteignung Somozas und seiner Komplizen gefordert, ebenso die Verstaatlichung ausländischer Unternehmen, der Banken und des Außenhandels, sowie der Aufbau einer geplanten Wirtschaft (ebd. 18-20).

Eine tiefgreifende Agrarreform soll Latifundien enteignen, das Land an die Landbevölkerung verteilen und die Bildung von Kooperativen fördern (ebd. 21-22). Es wird ein öffentliches und gebührenfreies Schulwesen für alle gefordert. Zudem sollen auch die Armen Zugang zu den Universitäten erhalten und die Freiheit der Forschung garantiert werden (ebd. 23-26).

Im Arbeitsrecht und in der Sozialgesetzgebung sollen Mindeststandards – wie z.B. der Achtstundentag, freie Gesundheitsversorgung oder ein würdiges Dach über dem Kopf – eingeführt werden. In der öffentlichen Verwaltung wird der Korruption der Kampf angesagt (ebd. 26-30).

Das Programm wendet sich gegen die Diskriminierung Bevölkerung der Atlantikküste und der Frauen, und es garantiert die freie Religionsausübung (ebd. 31-33).

In diesem Programm werden eine Reihe grundlegender demokratischer und sozialer Rechte ausgedrückt, aber es enthält keine konkreten Aussagen darüber, wie die aufzubauende neue Gesellschaft organisiert sein soll. Die einzige Aussage zu diesem Punkt lautet, dass "die reaktionäre Struktur, die durch Wahl-Farce und Militärputsche gekennzeichnet" war, zerschlagen und durch die "volle Beteiligung des gesamten Volkes" ersetzt werden muss (ebd. 16).

Das *Programm der Regierungsjunta zum Nationalen Wiederaufbau* vom 18. Juni 1979 ist das Ergebnis von in Costa Rica geführten politischen Verhandlungen der FSLN mit der bürgerlichen Opposition und dem Unternehmertum, an denen auch Vertreter der USA und einiger lateinamerikanischer Regierungen beteiligt sind (JGRN 1979a). Die darin angestrebten sozialen und politischen Ziele sind deutlich gemäßigter als diejenigen des Historischen Programms. Jetzt geht es nur noch um eine tiefgreifende Reform des diktatorischen Staates – unter Beteiligung der FSLN, aber auch von Teilen der Nationalgarde – und nicht mehr um dessen Zerschlagung und den Aufbau einer neuen revolutionären Gesellschaft. Andererseits gelingt es dadurch aber, die gesamte Opposition gegen Somoza in einem breiten Bündnis hinter diesem Programm zu vereinigen (Ramírez 2001: 227-238). Der Befreiungskampf befindet sich zu diesem Zeitpunkt auf seinem Höhepunkt und wird auf drei Ebenen geführt: erstens dem bewaffneten Kampf der FSLN, zweitens dem massenweisen spontanen Aufstand der Bevölkerung und drittens den diplomatisch-politischen Verhandlungen einerseits mit allen Oppositionskräften und andererseits auch mit den USA und lateinamerikanischen Regierungen, die die FSLN unterstützen. Unter diesem kombinierten Angriff bricht das Somoza-Regime kurze Zeit darauf zusammen, und die FSLN-geführte Regierungsjunta übernimmt am 19. Juli 1979 die Macht.

Die neu aufzubauenden staatlichen Strukturen werden konkret benannt: Schon der erste Absatz des Programms garantiert allen Menschen Nicaraguas die "politische Partizipation, das allgemeine Wahlrecht" und den "Aufbau von politischen Parteien ohne ideologische Diskriminierungen" (JGRN 1979a: 32). Die *Regierungsjunta JGRN* (Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional) bildet die Exekutive. Als Legislative dient der *Staatsrat* (Consejo de Estado), in dem alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Landes vertreten sind. Die Judikative wird

durch den *Obersten Gerichtshof CSJ* (Corte Suprema de Justicia) als ihr höchstes Organ repräsentiert (ebd. 33-34). Als neues Element wird die außenpolitische Orientierung auf die Bewegung der Blockfreien Länder in das Programm aufgenommen (ebd. 35).

Die Menschenrechte und die fundamentalen Rechte auf freie Meinungsäußerung, Koalitionsfreiheit und religiöse Freiheit werden in beiden Programmen gleichermaßen klar und kategorisch garantiert.

Später wird die Sandinistische Revolution – basierend auf diesem Programm – den Pluralismus, die gemischte Wirtschaft und die Blockfreiheit als ihre drei wesentlichen Säulen bezeichnen.

Einen Tag nach der revolutionären Machtübernahme vom 19. Juli 1979 erlässt die Regierungsjunta JGRN (1979b) als eine ihrer ersten Amtshandlungen das *Grundstatut der Republik* (Estatuto Fundamental de la República), das die bis dahin geltende Verfassung außer Kraft setzt und die neuen Staatsinstitutionen entsprechend des Regierungsprogramms definiert. Demnach bildet die JGRN die exekutive Staatsgewalt und der Staatsrat die legislative. Dem Staatsrat wird ausdrücklich die Aufgabe übertragen, ein neues Wahlgesetz und einen Entwurf für eine neue Verfassung auszuarbeiten.

Die Abschaffung der alten Verfassung und Schaffung einer neuen geht deutlich über die noch im Regierungsprogramm enthaltenen Punkte, "Abschaffung der repressiven Gesetze" und "Auflösung der repressiven Institutionen" hinaus (JGRN 1979a: 34). Diese Radikalisierung ist nur durch den folgend dargestellten Alleingang des Interimspräsidenten Urcuyo zu erklären.

Bevor der Diktator Somoza Nicaragua am 17. Juli 1979 verlässt, übergibt er die Macht an den Interimspräsidenten Francisco Urcuyo. Dieser sollte dann entsprechend eines zwischen der FSLN und dem US-Sonderbotschafter Bowdler ausgehandelten detaillierten Planes die Präsidentschaft an die neue Regierung – die JGRN – weitergeben. Entgegen dieses Abkommens erklärt Urcuyo jedoch, dass er bis zur nächsten ordentlichen Wahl zwei Jahre später im Amt bleiben will. Gleichzeitig ruft General Mejía die Nationalgarde auf, bis zum Ende zu kämpfen. Nach diesem Bruch der getroffenen friedlichen Übergangsvereinbarung durch die Nationalgarde und die somozistische Oberschicht sind alle vorherigen Absprachen auch für die FSLN hinfällig geworden. Die vier Mitglieder der JGRN Violeta Barrios de Chamorro, Daniel Ortega, Sergio Ramírez und Alfonso Robelo fliegen – noch mitten im Krieg – nach León, wo die JGRN am 18. Juli im großen Hörsaal der UNAN (Nationalen Autonomen Universität Nicaraguas) feierlich als die neue Regierung Nicaraguas ausgerufen wird. Moisés Hassan, das fünfte Mitglied der JGRN, nimmt zu diesem Zeitpunkt noch im Landesinneren am Volksaufstand teil. In dieser Situation befindet sich die Nationalgarde aber bereits im offenen Zerfall, der Volksaufstand ist nicht mehr zu bremsen, und so setzt die FSLN am 19. Juli die bedingungslose Kapitulation der Nationalgarde durch. Damit fällt der FSLN die gesamte militärische und staatliche Macht Nicaraguas in die Hände, und sie übernimmt die dominierende politische Initiative (Ortega 2013: 100-104; Ramírez 2001: 221-241).

Von besonderer Bedeutung ist das im August 1979 verabschiedete *Statut über die Rechte und Pflichten der Nicaraguaner* (Estatuto sobre Derechos y Garantías de los Nicaragüenses), das eine umfassende Aufstellung über die politischen und sozialen Rechte und Freiheiten der Bür-



ger/innen des Landes enthält (JGRN 1979c). Es beginnt mit dem Recht "der direkten Partizipation des Volkes an den fundamentalen Angelegenheiten des Landes", setzt sich fort mit der Gleichheit aller vor dem Gesetz, der Abschaffung der Todesstrafe, dem Recht auf Arbeit und auf Bildung, auf freie Meinungsäußerung und Information, auf die Bildung von Gewerkschaften und Parteien usw. ... und führt in insgesamt 52 Artikeln detailliert die Rechte auf, die das neue Regime der Bevölkerung garantiert.

Für die Interpretation der Sandinistischen Revolution ist das *Dokument der 72 Stunden* (Análisis de la coyuntura y tareas de la revolución popular sandinista, genannt: "Documento de las 72 Horas") von zentraler Bedeutung. Dies ist gleichzeitig einer der umstrittensten Texte dieser Revolution. Er wurde von der Nationalen Leitung der FSLN erarbeitet und im September 1979 einer Versammlung von etwa 400 Kadern zur Orientierung und Diskussion vorgelegt. Dieses erste größere Treffen von Mitgliedern der FSLN zieht sich über drei Tage hin und wird daher auch die "Versammlung der 72 Stunden" genannt (FSLN 1979; Ramírez 2001: 100-102).

Dieser Text gibt eine Einschätzung zum Stand der Revolution, nennt die weiterhin anzustrebenden Ziele und definiert die Rolle der FSLN in diesem Prozess. Das Dokument der 72 Stunden spricht von einer "neuen revolutionären Macht als Ausdruck der Interessen der Arbeiter, Bauern und anderer unterdrückter Sektoren unseres Volkes" und von der Notwendigkeit weiterer tiefgreifender sozial-revolutionärer Transformationen (FSLN 1979: 6-8). Hier werden die sozialistischen Zielvorstellungen der FSLN deutlich, die direkt an Formulierungen des Historischen Programms anknüpfen.

Der Text betont einerseits die Notwendigkeit, das taktische Bündnis mit den patriotischen Teilen des Unternehmertums fortzusetzen, und andererseits das Bemühen, alle fortschrittlichen politischen Kräfte in die FSLN zu integrieren (ebd. 12). Als zu bekämpfende politische Gegner werden ausgemacht: die nicht-patriotische Bourgeoisie, Überreste der somozistischen Diktatur und ultralinke politische Kräfte (ebd. 17). Weiterhin hebt der Text die Bedeutung von gewerkschaftlichen und anderen Massenorganisationen hervor, die unter der Führung der "Avantgarde" FSLN zu einheitlichen Organismen ausgebaut werden sollen (ebd. 25).

Schließlich soll die FSLN – bis dahin eine politisch-militärische Guerilla – zu der politischen Partei der Sandinistischen Revolution umgebaut werden (ebd. 29-30).

In diesem Dokument sind keine Ausführungen zur staatlichen Organisation der Gesellschaft enthalten.

In Bezug auf das interne Funktionieren der FSLN und auf das Austragen von politischen Differenzen innerhalb der FSLN schwankt es zwischen der Betonung einer einheitlichen und "monolithischen" Partei auf der einen Seite und der Notwendigkeit einer "kritischen Geisteshaltung", die eine freie kollektive Diskussion ermutigt, auf der anderen (ebd. 30-33). Die Position der FSLN zu anderen linken Organisationen bewegt sich zwischen Integration und Repression bis dahin, sie zu "vernichten" (ebd. 33-34).

Das Dokument der 72 Stunden drückt einerseits die Autoproklamation der FSLN zur Avantgarde der Revolution und die damit verbundene Aufforderung zur eigenen Geschlossenheit aus, und es betont andererseits, dass die FSLN nur durch einen freiheitlichen und demokratischen

Prozess die Mehrheiten gewinnen kann, die sie für ihr revolutionäres Projekt braucht. Das innere Abhängigkeitsverhältnis zwischen geschlossener Aktionsfähigkeit und offener, pluralistischer Diskussion haben die Sandinisten niemals richtig geklärt.

### 3.3 Demokratie und Revolution

Der Soziologe Orlando Núñez<sup>8</sup> (Núñez / Burbach 1986) – Mitautor von *Democracia y Revolución en las Américas* – ist einer der wenigen sandinistischen Autoren, der sich tiefergehend mit der Programmatik der FSLN auseinandersetzt, darin eingeflossene Theorien näher benennt und dabei insbesondere auch das Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Revolution genauer untersucht. Einführend weist der Autor darauf hin, dass die lateinamerikanische Debatte über diese Fragen hinter der Praxis hinterherläuft (ebd. 28)<sup>9</sup> und es sich bei seinem Text daher nicht um die Verkündung einer "korrekten Linie", sondern erst um den Anfang einer dringend erforderlichen Debatte handelt (ebd. 47).

Für ihn liegt die entscheidende Herausforderung nicht nur darin, die zu jener Zeit in Lateinamerika vorherrschenden Diktaturen zu kritisieren und zu bekämpfen, sondern auch darin, dass die Linke ein positives Gesellschaftsbild glaubwürdig präsentieren kann, wozu es unerlässlich ist, "die Fahne der Demokratie in einer Weise hochzuhalten, wie sie es noch niemals vorher getan hat" (ebd. 102). Denn die Linke hat die Frage der Demokratie jahrelang sträflich vernachlässigt, obwohl sie eine revolutionäre Botschaft in sich birgt, die einen starken Einfluss auf die Massen ausüben kann (ebd. 105). Er grenzt diese Position auch deutlich gegen die Länder des "realen Sozialismus" ab, die "keine idealen politischen oder kulturellen Demokratien gewesen sind" und deren herrschende kommunistischen Parteien autoritär, bürokratisch, vertikalistisch und elitär geprägt waren (ebd. 106).

Über die demokratischen Wurzeln der Linken schreibt er, dass "praktisch alle Klassiker des Marxismus, einschließlich Marx, Engels und Lenin eine zutiefst demokratische Vision von der Gesellschaft hatten, die aus der [...] Revolution hervorgehen sollte" (ebd. 109). Dies wird insbesondere auch in den Schriften von Marx über die Kommune von Paris<sup>10</sup> und von Lenin über den Charakter der russischen Revolution<sup>11</sup> deutlich (ebd. 110-111).

---

<sup>8</sup> Núñez ist in den 1980er Jahren und noch lange darüber hinaus ein enger Berater der FSLN-Führung.

<sup>9</sup> Die Übersetzungen aller hier angeführten Passagen dieses Buches stammen von mir, M.S.

<sup>10</sup> Siehe Karl Marx (1973), der in seinem Artikel *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, begeistert von der Commune de Paris von 1871 berichtet. Nach Núñez – es geht hier nicht in erster Linie um die Position von Marx selbst, sondern um die Rezeption von Marx durch Núñez – charakterisiert er sie als eine Gesellschaft, die u.a. "das stehende Heer abschafft und es durch allgemeine Volksbewaffnung ersetzt, [...] die staatliche Bürokratie abschafft, alle öffentlichen Posten einschließlich der Richter durch allgemeine Wahl bestimmt, die Regierung permanent kontrolliert und das Recht hat sie abzusetzen und die Gehälter der öffentlichen Angestellten auf ein normales Arbeitereinkommen begrenzt" (Núñez / Burbach 1986: 110).

<sup>11</sup> Siehe Wladimir I. Lenin (1970), der in seiner Schrift *Staat und Revolution* laut Núñez – auch hier geht es primär um die Rezeption durch Núñez – die Diktatur des Proletariats als "das demokratischste aller Systeme" bezeichnet, weil es die erste Diktatur durch eine Mehrheit ist, an der alle Arbeiter und ihre Verbündeten beteiligt sind". Diese neue Gesellschaft wird mit der ganzen Staatsbürokratie Schluss

Es ist daher unerlässlich, dass die revolutionären Bewegungen sich für die Errichtung einer sozialistischen Demokratie einsetzen (ebd. 112). In den Amerikas wird sich keine politische Bewegung durchsetzen können, wenn es ihr nicht gelingt, die Massen davon zu überzeugen, dass sie für wahrhaft demokratische Ziele kämpft, die die demokratischen Rechte und die demokratische Beteiligung der Menschen am öffentlichen Leben tatsächlich ausweitet (ebd. 120).

Ein zentrales Element der Demokratie besteht darin, unterschiedliche und auch gegensätzliche Meinungen frei zu diskutieren, sowohl innerhalb der revolutionären Bewegungen, als auch in der Gesamtgesellschaft (ebd. 122). Daher muss der ideologische Pluralismus in allen zukünftigen revolutionären Prozessen gewährleistet sein (ebd. 127), um breit geführte offene Debatten über den einzuschlagenden Weg der neuen Gesellschaften zu ermöglichen (ebd. 128).

In der Dokumentation des internationalen Symposiums *Democracia y Revolución* formuliert Orlando Núñez (1989: 7) noch prägnanter: Im 20. Jahrhundert mussten die Ideale der Demokratie gegen Rechts und Links verteidigt werden, gegen den Faschismus und gegen den Stalinismus. "Jede Gesellschaft braucht Mechanismen der Erneuerung und Korrektur, bei denen der Widerspruch als Beweis ihres Funktionierens dient." (ebd. 9) Daher wird auch jede "Revolution, die sich nicht demokratisiert, schon unmittelbar nach ihrer Geburt anfangen wieder zu verschwinden" (ebd. 8). So erschöpft sich ein demokratisches System zwar nicht im Abhalten von Wahlen, aber diese sind – auch für sozialistische Revolutionen – zur Feuerprobe ihrer Legitimität geworden. Revolution und Demokratie bedingen sich gegenseitig (ebd. 11).

Es gibt kaum andere Programme der FSLN oder Stellungnahmen ihrer führenden Repräsentanten, die eine so klare Sprache wie Orlando Núñez benutzen, um die Bedeutung der Demokratie in der Revolution zu erklären. Dass die Sandinistische Revolution jedoch einen zutiefst demokratischen Charakter tragen soll, ist die gemeinsame Überzeugung der großen Mehrheit der Sandinistischen Befreiungsfront von ihrer Führung bis hin zu ihrer Basis. In unzähligen Reden, Schriften und Interviews bringen die Sandinisten diese Überzeugung als einen der zentralen Aspekte ihrer Revolution zum Ausdruck. Aber insbesondere in ihrer Führung gab es teilweise auch unterschiedliche Auffassungen und heftige Diskussionen darüber, wie das demokratische Prinzip interpretiert werden soll.

Mit dieser Revolution sollten drei fundamentale Aspekte der Demokratie verwirklicht werden: erstens eine repräsentative Demokratie auf der Basis eines allgemeinen Wahlrechtes und von regelmäßigen Wahlen; zweitens eine partizipative Demokratie mit breiter Beteiligung des Volkes am politischen Leben; drittens eine wirtschaftliche Demokratie, die es dem Volk erlaubt, über die Verwendung der Reichtümer des Landes und auch über die Art des wirtschaftlichen Systems zu entscheiden (Hoyt 1997: 1).

---

machen, und der Staat wird beginnen "abzusterben", während die Masse der Bevölkerung an der neuen Regierung beteiligt ist (Núñez / Burbach 1986: 110-111).

Nachdem ich bisher die sozialen und politischen Entstehungsbedingungen der Sandinistischen Revolution beleuchtet habe, werde ich im folgenden 4. Abschnitt verschiedene gesellschaftliche Bereiche der Sandinisten an der Macht unter dem Hauptaugenmerk ihrer jeweiligen demokratischen Ausprägungen untersuchen.

## 4 Sandinistische Periode

### 4.1 Rahmenbedingungen der Revolution

Jegliche Analyse der politischen Lage Nicaraguas in den 1980er Jahren muss auch das gesellschaftliche, wirtschaftliche und militärische Umfeld berücksichtigen, um unangemessene Interpretationen zu vermeiden. Alle in den folgenden Abschnitten dargestellten Entwicklungen müssen vor dem Hintergrund der hier dargestellten Randbedingungen betrachtet werden:

Als der Diktator Somoza Nicaragua verlässt, hinterlässt er ein zerstörtes Land: 35.000 Tote als Opfer der Unterdrückung, 100.000 Verletzte, 150.000 Flüchtlinge, 40.000 Kriegswaisen und eine Million Menschen ohne festes Einkommen. Bei einem BIP von 2,14 Mrd. Dollar belaufen sich die durch die Nationalgarde angerichteten Zerstörungen auf einen direkten wirtschaftlichen Schaden von 480 Millionen Dollar, die somozistische Oberschicht betreibt eine Kapitalflucht von über 500 Millionen Dollar, und dem Land verbleibt eine Auslandsschuld von 1,6 Milliarden Dollar (Castillo 1980, zitiert nach Ortega 2004: 429; Sklar 1988: 36; Weltbank 2017).<sup>12</sup>

Nach der Machtübernahme der Sandinisten interveniert die US-Administration politisch, wirtschaftlich und insbesondere auch militärisch in Nicaragua, um die Sandinistische Revolution zu Fall zu bringen. Die USA – bis dahin der wichtigste Handelspartner des Landes – frieren alle wirtschaftlichen Verbindungen mit Nicaragua ein. Kredite der Weltbank und anderer internationaler Institutionen werden blockiert. Der CIA verübt terroristische Anschläge gegen Nicaragua, durch die ein Großteil der Ölvorräte des Landes in Brand gesetzt und zerstört wird. Weiterhin baut der CIA die gegenrevolutionäre Truppe der *Contra* (contrarrevolución, Konterrevolution) auf, organisiert sie, bildet sie aus, bewaffnet und finanziert sie, gibt ihr logistische Unterstützung und führt sie politisch und militärisch (zum Contra-Krieg siehe z.B. Bendaña 1991; Calero 2010; Dickey 1985; Garvin 1992; Gottwald et al. (Hg.) 1988; Kinzer 2007; Sklar 1988). Sie führt vor allem Anschläge auf Einrichtungen der Infrastruktur aus und terrorisiert Reformprojekte der Sandinistischen Revolution wie landwirtschaftliche Kooperativen, Gesundheitsposten und Schulen. Sie erreicht bis 1984 eine Stärke von über 15.000 Kämpfern. In diesem Krieg kommen noch einmal über 30.000 Menschen ums Leben (Bendaña 1991: 21-38; Walker 2003: 42-58).

Als Folge dieses Krieges wird ein großer Teil der Infrastruktur Nicaraguas (Brücken, Straßen, Versorgungseinrichtungen ...) zerstört, ein ständig wachsender Teil des Staatshaushaltes Nicaraguas muss für die Verteidigung aufgebracht werden und steht daher nicht mehr für wirt-

---

<sup>12</sup> Verschiedene Quellen nennen unterschiedliche Zahlen, die teilweise bis zum Faktor zwei voneinander abweichen; in dieser Arbeit werden immer nur die jeweils niedrigsten Werte angegeben.

schaftliche und soziale Aufbauprojekte zur Verfügung. Der gesamte materielle und immaterielle Schaden, den die USA Nicaragua zugefügt haben, wird von der nicaraguanischen Regierung 1988 mit insgesamt 12,22 Milliarden Dollar beziffert (ICJ 1988: 349-350).

Darüber hinaus ist auch die offen gegen die Revolution agierende katholische Kirche in diesem stark katholisch geprägten Land ein hoch wirksames Instrument im Kampf gegen die Sandinisten. Schließlich trifft die mit dem "verlorenen Jahrzehnt" der 1980er Jahre verbundene Verschuldung Lateinamerikas bei sinkenden Weltmarktpreisen für deren Rohstoffe auch Nicaragua und verschlechtert zusätzlich noch die Möglichkeiten, wirtschaftlich voran zu kommen.

Trotz dieser extrem schwierigen Rahmenbedingungen unternimmt Nicaragua einige bedeutende Schritte in Richtung einer demokratischen Institutionalisierung des Landes, was im nächsten Abschnitt näher dargestellt wird.

## 4.2 Entwicklung des sandinistischen Staates

Unmittelbar nach der Übernahme der Macht beginnt die JGRN damit, diejenigen Staatsinstitutionen neu aufzubauen oder zu ersetzen, die durch den Aufstand und teilweise auch durch ihre Selbstauflösung verschwunden sind. Das Land muss organisatorisch neu geordnet und den neuen Strukturen ein rechtlicher Rahmen gegeben werden. Die JGRN setzt sich aus fünf Mitgliedern<sup>13</sup> zusammen und bildet die *Exekutivgewalt*. Sie ist bis zu den Wahlen 1984 das Machtzentrum des revolutionären Staates (Walker 1985: 31-35).<sup>14</sup>

Die *Legislative* liegt in der Hand des Staatsrates, der alle wesentlichen politischen und sozialen Parteien, Organisationen und Gruppen des Landes repräsentiert. Ursprünglich setzte er sich entsprechend der Vereinbarungen vom Juni 1979 in Costa Rica (vgl. Kapitel 3.2) aus 33 Mitgliedern zusammen, von denen 13 eine klar sandinistische Orientierung besaßen.<sup>15</sup> Aber bevor sich der Staatsrat im Mai 1980 das erste Mal zusammensetzt, beschließt die JGRN mit ihrer sandinistischen Mehrheit und gegen das Votum von Violeta Barrios de Chamorro und Alfonso

---

<sup>13</sup> Violeta Barrios de Chamorro (Witwe des ermordeten Zeitungsverlegers und Somoza-Gegners Pedro Joaquín Chamorro), Moisés Hassan (Führer des Aufstandsbündnisses Movimiento Pueblo Unido, MPU), Daniel Ortega (FSLN), Sergio Ramírez (Gruppe der Zwölf), Alfonso Robelo (Unternehmerverband COSEP); später wird bekannt, dass auch Moisés Hassan und Sergio Ramírez der FSLN angehören.

<sup>14</sup> Zum Verhältnis zwischen Staat und FSLN siehe Abschnitt 4.6.

<sup>15</sup> Im Staatsrat u.a. vertreten: die FSLN, die Bewegung des Vereinigtes Volk MPU, die Unabhängige Liberale Partei PLI, die Gruppe der Zwölf, die Sozial-Christliche Volkspartei PPSC, die Gewerkschaft Arbeiterzentrale Nicaraguas CTN, die Gewerkschaft Arbeiterfront FO, die Demokratische Konservative Partei PCD, die Sozial-Christliche Partei PSC, die Demokratische Bewegung Nicaraguas MDN, die Liberal-Konstitutionalistische Bewegung MLC, die Sozialistische Partei Nicaraguas PSN, die Gewerkschaft Unabhängiger Allgemeiner Arbeiter-Verband CGT(i), der Verband der Gewerkschaftlichen Einheit CUS, die Industriekammer Nicaraguas CADIN, der Verband der Handelskammern Nicaraguas CCCN, die Vereinigung der Landwirtschaftlichen Produzenten Nicaraguas UPANIC, die Autonome Nationale Universität Nicaraguas UNAN, die Nationale Vereinigung des Klerus ... (JGRN 1979b).

Robelo, seine Zusammensetzung zu verändern, wodurch das zahlenmäßige Gewicht der sandinistischen Organisationen in diesem Gremium auf 27 von insgesamt 47 Mitgliedern anwuchs.<sup>16</sup> Mit einem gewissen Recht argumentierten die Sandinisten, dass in der Dynamik der ersten Monate der Revolution verschiedene neue Organisationen entstanden sind, während andere verschwanden. So bildeten sich beispielsweise die Sandinistische Gewerkschaftszentrale CST (Central Sandinista de Trabajadores), der Verband der Landarbeiter ATC (Asociación de Trabajadores del Campo), die Sandinistischen Verteidigungskomitees CDS (Comités de Defensa Sandinista) und andere mehr, die innerhalb von wenigen Monaten Hunderttausende von Mitgliedern gewannen und die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse maßgeblich mit beeinflussten (vgl. Kapitel 4.3). Aber diese Entscheidung hatte heftige öffentliche Auseinandersetzungen zur Folge, die schließlich auch dazu führten, dass die beiden nicht-sandinistischen Repräsentanten in der JGRN von ihren Funktionen zurücktraten.

Der Staatsrat nimmt seine Arbeit im Mai 1980 auf. Er hat beratende und vorschlagende Funktionen in Bezug auf Gesetzesänderungen oder neue Gesetze. Er hat den Auftrag, ein Wahlgesetz und einen neuen Verfassungsentwurf zu erarbeiten. Gesetzesinitiativen der Regierungsjunta müssen im Staatsrat beraten werden, aber dessen Änderungen sind nicht bindend für die JGRN, die ein absolutes Vetorecht besitzt. Initiativen des Staatsrates erlangen nur in der Form Gesetzeskraft, die die JGRN beschließt.

Trotzdem nimmt der Staatsrat seine Aufgabe sehr ernst. Obwohl die Sandinisten in ihm eine deutliche Mehrheit besitzen, werden Gesetzesinitiativen dort lange diskutiert, um eine möglichst breite Zustimmung und Legitimation für diese Gesetze zu erreichen. Viele Änderungen des Staatsrates werden von der JGRN akzeptiert. 1983 erlangen über 100 vom Staatsrat ausgehende Initiativen Gesetzeskraft (Walker 1985: 35-39).

Der komplett neu zusammengesetzte Oberste Gerichtshof CSJ (Corte Suprema de Justicia) bildet die Spitze der *Judikativen Gewalt*, die im Rahmen der bestehenden Gesetze arbeitet, soweit diese nicht geändert oder abgeschafft wurden. Der Konservative Roberto Argüello wird als Präsident, die Sandinistin Vilma Núñez als Vize-Präsidentin ernannt, von den weiteren fünf Mitgliedern gehören drei der Konservativen und zwei der Unabhängigen Liberalen Partei an. Trotz verschiedener Wechsel gehören diesem Gremium während der gesamten sandinistischen Regierungszeit niemals mehr als zwei Mitglieder der FSLN an.

Der *Oberste Wahlrat CSE* (Consejo Supremo Electoral) steht an der Spitze der *Wahlbehörde*, der vierten Staatsgewalt.

---

<sup>16</sup> Von den ursprünglich vertretenen Organisationen waren nicht mehr vertreten: die MPU, die Gruppe der Zwölf, die FO, die MLC und die CGT(i), während die folgenden Organisationen neu in den Staatsrat aufgenommen wurden: die Sandinistischen Verteidigungskomitees CDS, die Sandinistische Gewerkschaftszentrale CST, die Vereinigung der Landarbeiter ATC, die Allgemeine Gewerkschaftskonföderation CGT, die Gewerkschaftszentrale für Aktion und Einheit CAUS, die indigene Organisation MISURASATA und andere mehr (La Gaceta, 1980).

In den *Wahlen 1984* werden gleichzeitig, aber in getrennten Wahlvorgängen, sowohl das *Parlament* (Asamblea Nacional), als auch der *Präsident* und der *Vize-Präsident* gewählt. Um eine möglichst plurale Beteiligung an diesen Wahlen und damit auch eine hohe Legitimität des Ergebnisses zu erreichen, gehen die Sandinisten auf viele Kritiken und Forderungen oppositioneller Parteien ein. Sie akzeptieren beispielsweise im Gesetz der Politischen Parteien oder im Wahlgesetz, dass die unterlegenen Präsidentschaftskandidaten einen zusätzlichen Parlamentsitz bekommen und minderheitliche Parteien dadurch im Parlament proportional bevorzugt werden,<sup>17</sup> dass die Zeiten für Wahlspots im öffentlichen Rundfunk und Fernsehen deutlich ausgeweitet werden, dass alle kandidierenden Parteien ihre Rechtspersönlichkeit unabhängig von ihrem Wahlergebnis auch nach den Wahlen behalten werden u.v.a.m. (LASA 1984: 11).

Die rechten Parteien Nicaraguas sind bei der Frage über einen Boykott oder die Teilnahme an den Wahlen zerstritten. Am Ende boykottieren die offen von den USA unterstützten Parteien der *Demokratische Koordination Nicaraguas* (Coordinadora Democrática Nicaragüense Dr. Ramiro Sacasa) mit ihrem Spitzenkandidaten Arturo Cruz die Wahlen. Hingegen beteiligen sich außer der FSLN die drei eher rechts von ihr stehenden Parteien PCD, PLI und PPSC und die eher links einzuordnenden Parteien PSN, PCdeN und MAP-ML. Die FSLN erringt 67% der Stimmen, gefolgt von der PCD (14%), der PLI (9,6%), der PPSC (5,6%) und jeweils um die 1% für die verbleibenden Parteien (ebd.).

Die Wahlbeobachtungsdelegation der *Latin American Studies Association* LASA (1984: Summary), fasst ihre Beobachtungen folgendermaßen zusammen:

"The Nicaraguan electoral law of 1984 provided a broad array of protections to assure fair access, procedural honesty, and an accurate vote count. The actual voting process was meticulously designed to minimize the potential for abuses. The vote was truly a secret ballot, and was generally perceived as such by voters. We observed no evidence of irregularities in the voting or vote-counting process. [...] No major political tendency in Nicaragua was denied access to the electoral process in 1984 [...] the FSLN did little more to take advantage of its incumbency than incumbent parties everywhere (including the United States) routinely do, and considerably *less* [Hervorh. im Original] than ruling parties in other Latin American countries traditionally have done [...] the political opening process could be truncated, or even reversed, by an intensification of U.S.-financed counterrevolutionary activities or by continuation of the three-year-old undeclared economic blockade of Nicaragua by the United States. [...] Despite U.S. interference, the elections of November 4, 1984, were an impressive beginning."

Das neu gewählte Parlament funktioniert in den ersten beiden Jahren als *Verfassunggebende Versammlung*. Die neue Verfassung ist das Ergebnis eines breit angelegten Diskussionsprozesses und tritt im Januar 1987 in Kraft. Sie enthält einerseits klassisch liberale Grundsätze, wie die Gewährung fundamentaler Freiheiten und Rechte, die Trennung von Staat und Kirche oder die Gewaltenteilung. Sie formuliert andererseits aber auch soziale Grundrechte, wie z.B. das

---

<sup>17</sup> Im Gegensatz dazu werden kleine und minderheitliche Parteien z.B. in den Wahlsystemen Großbritanniens, Frankreichs, der USA oder auch Deutschlands bezüglich ihrer parlamentarischen Repräsentanz deutlich benachteiligt.

Recht auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, eine würdige Unterkunft, soziale Sicherheit u.a.m.. Sie hält an den drei Säulen der Sandinistischen Revolution – Pluralismus, gemischte Wirtschaft, Blockfreiheit – fest. Unmittelbar nach Verkündung der Verfassung verlängert Präsident Ortega jedoch den Ausnahmezustand und damit verbundene Einschränkungen politischer Freiheiten, weil sie vollumfänglich erst dann in Kraft gesetzt werden können, wenn der Contra-Krieg und die US-Aggression beendet werden (Grolle 1987).

Obwohl die FSLN die Verfassung allein mit ihrer eigenen Stimmenmehrheit hätte verabschieden können, bildet die Nationalversammlung eine Kommission, in der alle Parlamentsparteien vertreten sind. Diese Kommission bereist eine Reihe von Ländern des damaligen sozialistischen Blocks, Westeuropas und Lateinamerikas, um deren Verfassungssysteme zu studieren. In diesem Arbeitsprozess entstandene Papiere werden veröffentlicht. Parteien und Organisationen, die nicht im Parlament vertreten sind, werden ebenfalls angehört. Eine zentrale Rolle spielen dabei die 73 *Offenen Bürgerversammlungen* (Cabildos Abiertos), die im ganzen Lande und vor unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen durchgeführt werden, um über den öffentlich vorgestellten Entwurf zu diskutieren. An ihnen beteiligen sich über 100.000 Bürger/innen, es gibt 2.500 mündliche Beiträge, und es werden 1.800 schriftliche Stellungnahmen aus dem Volk eingereicht (Envío 1986).

Nachdem die FSLN in vielen Punkten Zugeständnisse an die minoritären Parteien machte, votieren in der Schlussabstimmung 86 der insgesamt 95 Abgeordneten für diese Verfassung. Umstritten bleiben jedoch die – auch im Vergleich zu den anderen Präsidentsystemen Lateinamerikas – sehr starke Rolle des Präsidenten, die nach Ansicht der Opposition zu politische Rolle der Armee und auch das zu starke Eingreifen des Staates in die Wirtschaft (Grolle 1987).

In dieser Verfassung drücken sich sowohl die von den Sandinisten angestrebten fundamentalen gesellschaftlichen Umwälzungen aus, als auch Grundsätze der liberal-demokratischen Tradition (Álvarez / Vintró 2009: 173). Das nicaraguanische Experiment versucht, radikale soziale und wirtschaftliche Veränderungen mit politischem Pluralismus zu verbinden und partizipative mit repräsentativen Mechanismen zu kombinieren (Lobel 1991: 254-255).

Nach einem Aufruf zum nationalen Dialog über die abzuhaltenden Wahlen bringt Präsident Daniel Ortega im August 1989 alle politischen Parteien des Landes an einen Tisch. Vor laufenden Kameras und in Anwesenheit von internationalen Beobachtern vereinbaren die Beteiligten in einer 36-stündigen Marathon-Sitzung, dass die Regierung bis zu den *Wahlen 1990* auf weitere Rekrutierungen zum Militärdienst verzichtet, dass alle Parteien gleiche Sendezeiten für ihre Wahlspots bekommen und die Einschränkungen demokratischer Freiheiten auf Grund des Kriegszustandes aufgehoben werden. Im Gegenzug sagen alle Parteien zu, sich an den Wahlen zu beteiligen, und rufen die Contras auf, ihre Waffen definitiv niederzulegen (LASA 1990: 11).

Entgegen der Erwartungen der Sandinisten und der allermeisten Beobachter/innen verliert die FSLN diese Wahl (40,9%). Es gewinnt das Bündnis *Nationale Oppositions-Vereinigung UNO* (Unión Nacional Opositora) mit ihrer Präsidentschaftskandidatin Violeta Barrios de Chamorro (53,9%). In der UNO haben sich 14 Parteien und Organisationen zusammengeschlossen, die von rechts-konservativen über liberale bis hin zu kommunistischen Positionen reichen und nur eine einzige Gemeinsamkeit besitzen: ihre politische Gegnerschaft zur FSLN. Die Beobachter-



Delegation der LASA (1990: 1-2) bescheinigt dem Obersten Wahlrat CSE eine hoch kompetente und gerechte Durchführung der Wahlen und beurteilt den Wahlprozess als grundsätzlich demokratisch. Die Niederlage der Sandinisten als ein Sieg für die Demokratie zu interpretieren, hält sie jedoch entgegen:

"This interpretation [...] obscures the context of war in which these elections took place and the role of the U.S. in shaping their outcome. Any assessment of the Nicaraguan elections must weigh their general internal openness and procedural correctness against the distorting impact of external influences. [...] the role of the United States in sustaining the contra war and in crippling the Nicaraguan economy, together with its strong [...] support for the Unión Nacional Opositora [...] made the process less purely a measure of Nicaraguan preferences, and more a reaction to U.S. policies."

Der Erfolg der UNO kann nur vor dem Hintergrund von neun Jahren Bürgerkrieg, Zerstörung und Tod, einer am Boden liegenden Wirtschaft, der weiterhin mit Krieg drohenden Contras und der US-Invasion in Panama vom Dezember 1989 – auch als Drohung gegen Nicaragua – verstanden werden. Wenn es der FSLN jedoch weder gelingt, auch nur einen einzigen ihrer früheren Bündnispartner PLI, PPSC, PCD, noch eine der linken Parteien PSN, PCdeN, MAP-ML, MUR oder PRT für ein gemeinsames Wahlbündnis zu gewinnen, dann ist dies sicherlich auch ihrer eigenen Überheblichkeit und ihrem damit verbundenen Sektierertum geschuldet.

Dennoch muss es als eine der größten – und schwierigsten – politischen Leistungen der FSLN hervorgehoben werden, dass sie ihre Wahlniederlage anerkennt und die Macht an die neue Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro und ihre Wahlkoalition UNO übergibt.

### 4.3 Massenorganisationen

Mit dem Sieg über Somoza kommt es in Nicaragua geradezu zu einer Explosion von Mobilisierungen und Organisationen in allen Sektoren der Bevölkerung. Viele dieser Organisationen sind schon vorher im Kampf gegen die Diktatur entstanden. In der Euphorie des Triumphes fühlen sich alle als Sandinisten, sodass alle möglichen Gruppen und Parteien sich plötzlich als "sandinistisch" bezeichnen, um am Ruhm teilzuhaben und Unterstützer zu gewinnen. Schon nach wenigen Wochen sieht sich die JGRN genötigt, ein Dekret zu erlassen, das der FSLN das exklusive Recht gibt, die Bezeichnung "sandinistisch" zu tragen (JGRN 1979d). Bis 1989 organisieren die Sandinisten ungefähr eine halbe Million Frauen und Männer in ihren Massenorganisationen, das entspricht etwa 12,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dabei entfallen etwa 125.000 Kleinbauern auf die *Nationale Union der Bauern und Viehzüchter UNAG* (Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos), 120.000 Arbeiter/innen auf die Gewerkschaft *Sandinistische Arbeiterzentrale CST* (Central Sandinista de Trabajadores), 50.000 Landarbeiter/innen auf die *Vereinigung der Landarbeiter ATC* (Asociación de Trabajadores del Campo), 50.000 junge Menschen auf die *Sandinistische Jugend JS19* (Juventud Sandinista 19 de Julio) und 150.000 Stadtteilbewohner/innen auf die *Sandinistischen Verteidigungskomitees CDS* (Comités de Defensa Sandinista) (Serra 1991: 49).

Im Jahr 1981 arbeiten 42% der abhängig Beschäftigten in der Landwirtschaft, 37% im Handel- und Dienstleistungsbereich und nur 16% in der Industrie und im Bauwesen. Diese agrarisch dominierte Wirtschaftsstruktur und die Repression unter Somoza haben zur Folge, dass es vor der Revolution nur in wenigen größeren Betrieben *Gewerkschaften* gibt. In Nicaragua gibt es

einerseits nationale Gewerkschaftszentralen, die jeweils von einer der verschiedenen politischen Parteien geführt werden, und andererseits gibt es Betriebsgewerkschaften, an denen sich alle Beschäftigten eines Betriebes beteiligen, unabhängig davon welchem nationalen Verband sie angehören oder auch politisch ungebunden sind. Die stärkste Gewerkschaftszentrale ist die mit der PSN verbundene *Unabhängige Allgemeine Arbeiterkonföderation CGTi* (Confederation General del Trabajo independiente). Aber die PSN spaltete sich 1976, weil eine Fraktion sich dafür aussprach, zusammen mit der FSLN auch am bewaffneten Kampf teilzunehmen, während die andere dagegen war. Beide Fraktionen arbeiteten weiterhin parallel zueinander mit den Teilen der CGTi, in denen sie jeweils die Mehrheit besaßen. Ende 1979 integrierte sich die PSN Fraktion, die am bewaffneten Kampf teilgenommen hatte, in die FSLN. Gleichzeitig traten die von ihnen geführten Teile der CGTi in die sandinistische Gewerkschaftszentrale CST ein und halfen dabei sie aufzubauen. Da die FSLN sich auf den bewaffneten Kampf konzentriert hatte und hierfür hauptsächlich in der Studentenschaft Unterstützung fand, war sie bis zum Umsturz nur relativ schwach in den Betrieben verankert. Dies führte dazu, dass die Strukturen der CGTi das wichtigste organisatorische Grundgerüst bildeten, auf denen sich dann die CST aufgebaut hat. Die andere Fraktion führte ihre Parteiarbeit als PSN und ihre Gewerkschaftsarbeit als CGTi fort und schloss sich später mit der rechten, anti-sandinistischen Opposition zusammen. Aber auch andere politische Strömungen hatten zumindest punktuell einen gewissen gewerkschaftlichen Einfluss, so beispielsweise die *Zentrale der Aktion und Gewerkschaftseinheit CAUS* (Central de Acción y Unidad Sindical)<sup>18</sup>, *Arbeiterfront FO* (Frente Obrero),<sup>19</sup> die *Nicaraguansische Arbeiter-Zentrale CTN* (Central de Trabajadores de Nicaragua)<sup>20</sup> oder die *Konföderation der Gewerkschaftseinheit CUS* (Confederación de Unificación Sindical)<sup>21</sup> (CIERA 1984; Informationsbüro Nicaragua 1985).

Nach dem Sturz Somozas entstehen in der allgemeinen Aufbruchstimmung unter der Führung der FSLN die Industriegewerkschaft CST und die Landarbeitergewerkschaft ATC, deren Mitgliederzahlen schnell diejenigen der anderen Verbände um ein Vielfaches übersteigen. Gibt es zu Beginn dieser Periode nur 133 Betriebsgewerkschaften mit 27.020 Mitgliedern, so steigen diese Zahlen bis 1983 auf 1.103 Betriebsgewerkschaften mit insgesamt 207.391 Mitgliedern. Die CST ist dabei mit 111.498 Mitgliedern zur stärksten Gewerkschaft geworden, gefolgt von der ATC mit etwa 40.000 Mitgliedern und der CGTi mit 17.177 Mitgliedern (CIERA 1984: 45)

Aufgrund der wirtschaftlichen Probleme Nicaraguas kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen den sandinistisch orientierten Gewerkschaften, die auf eine Wiederbelebung der Produktion drängen, und linken Kritikern dieser Position, die Arbeitskämpfe für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen organisieren. Verschärft wird diese Situation durch die Verhän-

---

<sup>18</sup> Die CAUS ist politisch mit der zweiten an Moskau orientierten Kommunistischen Partei in Nicaragua PCdeN verbunden.

<sup>19</sup> Die FO ist mit der maoistischen MAP-ML (Movimiento de Acción Popular – ML) verbunden.

<sup>20</sup> Die CTN wird politisch durch die sozial-christliche PSC geführt.

<sup>21</sup> Die CUS orientiert sich am nordamerikanischen Gewerkschaftsverband AFL-CIO.

gung des wirtschaftlichen Notstandes im September 1981, der Streiks verbietet. Dies führt beispielsweise dazu, dass mehrfach Mitglieder der CAUS in Haft genommen und führende Mitglieder der PCdeN zu Gefängnisstrafen verurteilt werden (GEW Berlin / FDCL 1982: 56-65). Versuche, die unterschiedlichen Gewerkschaften unter dem gemeinsamen Dach der *Nationalen Gewerkschafts-Koordination CSN* (Coordinadora Sindical de Nicaragua) zusammen zu führen, scheitern vor allem am sektiererischen Auftreten der Sandinisten, aber auch an der immer stärkeren politischen Bindung der kleineren Gewerkschaften an die politische Opposition (Guevara 2008: 140-146; Guevara 2014: 301). Dieser Grundsatzkonflikt verschärft sich noch in den Folgejahren, in denen die FSLN immer wieder zwischen den Polen von Überzeugungsarbeit und Repression hin und her schwankt.

Ab 1978 entstehen in den sich verstärkenden Aufstandsbewegungen die *Komitees der Zivilverteidigung CDC* (Comités de Defensa Civil), um die Kämpfer/innen der Guerilla zu unterstützen und die Bevölkerung vor Repression zu schützen (CIERA 1984: 31). Nach dem Triumph, als ein großer Teil der staatlichen Institutionen einfach verschwunden war, bilden diese Komitees in vielen Stadtteilen und Gemeinden die ersten Strukturen, die wieder Verantwortung für das normale gesellschaftliche Leben übernehmen: Sie kümmern sich um die Verteilung von Nahrungsmitteln, um die Wasser- und Strom-Versorgung, um Arbeitsplätze und auch darum, Verantwortliche für Unterdrückungsmaßnahmen unter Somoza aufzuspüren. In den ersten Monaten der Revolution rufen die Sandinisten mit großem Erfolg dazu auf, unabhängig von ihren politischen oder religiösen Orientierungen, an diesen Komitees, die im ganzen Lande aus dem Boden sprießen, teilzunehmen (Mora 1991: 48-53).

Langsam entwickeln sich diese Basisstrukturen der gesamten Bevölkerung jedoch zu Organismen, die immer stärker mit der FSLN verbunden sind, was sich auch darin äußert, dass sie in *Sandinistische Verteidigungs-Komitees CDS* (Comités de Defensa Sandinista) umbenannt werden. Während in den Häuserblocks (cuadras) noch die Basis ihre Koordinatoren wählt, so werden sie auf den zonalen und höheren Ebenen durch die FSLN bestimmt. Als die wichtigsten Aufgaben werden daher auch die Verteidigung der Revolution, Übernahme von staatlichen Aufgaben, Umsetzung der Richtlinien der FSLN und erst dann das Vorbringen der eigenen Forderungen festgelegt (ebd. 53). Mit der Verschärfung des Contra-Krieges und der Vertiefung der wirtschaftlichen Krise übernehmen die CDS auch Nachtwachen zum Schutz vor Angriffen und kontrollieren die Verteilung von Grundnahrungsmitteln. Dies wird von einigen Bewohner/innen jedoch schon als Überwachung oder sogar als Unterdrückung gegenüber Andersdenkenden wahrgenommen, was zusätzlich noch durch den Verdacht verschärft wird, dass Bohnen und Zucker nicht nach der Bedürftigkeit, sondern nach dem Parteibuch verteilt werden.

Als der sandinistischen Führung bewusst wird, dass die CDS einen Großteil ihrer Verankerung in der Bevölkerung verloren haben, soll der populäre Guerilla-Kommandant<sup>22</sup> Omar Cabezas 1988 als neuer Nationaler Koordinator der Sandinistischen Verteidigungskomitees dafür sorgen, diese Organismen wieder zu öffnen und zu aktivieren (Hoyt 1997: 57-58). Zu diesem

---

<sup>22</sup> Comandante Guerrillero: Ehrentitel für Kämpfer/innen der FSLN, die sich im Befreiungskampf besonders hervorgetan haben.

Zweck gibt er drei Prioritäten vor: Die CDS sollen erstens allen Bewohner/innen ohne Ansehen ihrer politischen Orientierung offenstehen. Sie sollen zweitens von unten bis oben demokratisch durchorganisiert werden, was die Wahl aller Leitungsebenen und auch deren jederzeitige Abwahlmöglichkeit bedeutet. Drittens sollen die CDS ihre eigenen Probleme im Stadtteil artikulieren und an deren Lösung arbeiten. Laut Cabezas (1988: 45-48) "soll die Nachbarschaft ihre Probleme mit der Unterstützung der Regierung lösen und nicht die Regierung ihre mit Hilfe der Nachbarschaft". Diese Initiative bringt zwar wieder mehr Leben in die Stadtteilstrukturen, bleibt aber politisch auf die sandinistische Anhängerschaft beschränkt.

Welch hohen Grad an Unterstützung und Loyalität die FSLN aber dennoch selbst in dieser schwierigen Periode in ihrer eigenen Basis immer noch hat, lässt sich an folgendem Beispiel erkennen: Am 15. Februar 1988 wird eine Währungsreform durchgeführt, um der Inflation und der Spekulation Einhalt zu gebieten; dabei wird ein neuer Córdoba für 1.000 alte ausgegeben, und zwar bis zu einer Obergrenze von 10 Mio. alten Córdoba pro Familie. Um dieses Projekt erfolgreich durchzuführen, ist es erforderlich, dass es unter höchster Geheimhaltung vorbereitet wird. Ab 1984 beginnen die Vorbereitungen, angefangen beim Druck der Banknoten bis hin zu den 1.611 erforderlichen Wechselstuben im ganzen Land am Tag des Umtausches. Obwohl an dieser Aktion über 60.000 Menschen beteiligt sind, bleibt sie bis zum letzten Tag geheim und kann daher zu einer gewissen wirtschaftlichen Stabilisierung führen (Envío 1988).

Während des Befreiungskampfes stellen Frauen 25% der Kämpfer/innen, wobei einige von ihnen hohe Kommando-Positionen innerhalb der Guerilla bekleiden. Nach dem Triumph stellen die Frauen ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder der CST und der ATC. Die Sandinistischen Verteidigungskomitees CDS setzen sich sogar mehrheitlich aus Frauen zusammen (Baltodano 2010: 12-54; Chuchryk 1991; Mora 1991: 50).

Schon im Historischen Programm der FSLN von 1969 ist ein Abschnitt der "Emanzipation der Frau" gewidmet (FSLN 1984: 32-33). In der neuen Verfassung wird die völlige rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern bis hin zur häuslichen Arbeitsverteilung festgehalten (CSJ o.J.: Art.48; Art.72; Art.73). Die FSLN unterstützt den Aufbau der *Frauenorganisation AMNLAE* (Asociación de Mujeres Nicaragüenses Luisa Amanda Espinoza), die nach der ersten Frau, die im Befreiungskampf gegen Somoza 1970 im Alter von 22 Jahren gefallen ist, benannt wurde (Baltodano 2010: 12). In den ersten Jahren setzt sich die Organisation – wie andere Massenorganisationen auch – für die Verteidigung der Revolution und für die Verbesserung der Lebensbedingungen ein. Dennoch beginnen die Frauen intern eine Diskussion darüber, ob AMNLAE sich nicht auch als eine feministische Organisation verstehen sollte, die auch weitergehende Forderungen der Frauenbewegung – wie z.B. die Legalisierung der Abtreibung – vertritt. Obwohl Abtreibungen weiterhin gesetzlich verboten sind, werden sie in dieser Periode jedoch *de facto* nicht mehr polizeilich oder gerichtlich verfolgt. In diesem Zusammenhang wird auch zunehmend kritisiert, dass AMNLAE als eine untergeordnete Struktur der FSLN und nicht als eine autonome Organisation funktioniert (Chuchryk 1991: 147).

Die Bewusstseinsarbeit von AMNLAE in den anderen Massenorganisationen und in der Gesellschaft hat dazu beigetragen, in breiten Teilen der Bevölkerung ein Bewusstsein für geschlechtsspezifische Unterdrückung zu entwickeln und die materielle sowie rechtliche Lebenssituation der Frauen deutlich zu verbessern (ebd. 159-160).

Aber die FSLN vertritt während ihrer gesamten Regierungszeit eine klare Position gegen die Legalisierung der Abtreibung – teils aus einem traditionellen Familienbild heraus und teilweise, um nicht noch zusätzliche Konflikte mit der Kirche zu provozieren. Auch ein gesetzliches Verbot häuslicher und sexueller Gewalt kann von AMNLAE nicht durchgesetzt werden (ebd. 153). Die Schwierigkeiten, unter denen die Feministinnen zu jener Zeit in Nicaragua arbeiten müssen, lassen sich am besten daran verdeutlichen, wie sich die von der Nationalen Leitung der FSLN 1990 neu eingesetzte Vorsitzende Gladys Báez – eine historische Guerilla-Kämpferin – mit ihnen auseinandersetzt. Sofía Montenegro – eine der damaligen und bis heute noch aktiven Feministinnen – berichtet: "Sie beschimpfte uns [...] als Lesben, Prostituierte, Feministinnen, Agenten des CIA, Konterrevolutionärinnen [...] und warf uns vor, die FSLN spalten zu wollen. Wir stellten fest, dass es keine Möglichkeit mehr gab, innerhalb von AMNLAE weiterzuarbeiten [...]. Wir brachen mit der Organisation. Wir schrieben Artikel und brachten dieses ganze Desaster an die Öffentlichkeit." (Randall 1999: 402).

Seitens der 9 Comandantes mag es auch private Gründe geben, die Frauenbewegung zu fürchten: Viele von ihnen sind dafür bekannt, dass sie ihre herausgehobene Stellung in der Revolution dafür ausnutzen, um Frauen zu belästigen und zu missbrauchen. Zwei extreme Fälle sind dabei erstens Tomás Borge, über den José Luis Rocha (2013) schreibt, dass seiner

"Lüsternheit [...] zahllose Frauen zum Opfer gefallen [sind]. Aus Respekt vor ihnen nenne ich ihre Namen nicht: Internationalistinnen, Genossinnen, Dichterinnen, Töchter von Dichterinnen, Enkelinnen von Dichterinnen. Der obszöne Kommandant wollte drei Generationen vor den Augen, der Geduld und dem Gelächter seiner Bodyguards, Freunde und Kollegen begatten. Viele wussten davon. Viele Frauen hatten Angst davor. Auch ich wusste das." (Übersetzung: M.S.)

Besonders schwerwiegend ist zweitens – insbesondere wegen der schweigenden Zustimmung der gesamten sandinistischen Elite – der Fall von Daniel Ortega, der während des gesamten hier betrachteten Zeitraums seine Stieftochter Zoilamérica Narváez missbraucht und vergewaltigt (Narváez 1998; Randall 1999: 38-41).

Kleine und mittlere Bauern sind in 1970er und 1980er Jahren das prägende Element der nicaraguanischen Landwirtschaft. Es ist eine der großen Leistungen der Sandinistischen Revolution, dass es der mit Unterstützung der FSLN 1981 gegründeten *Vereinigung der landwirtschaftlichen Produzenten UNAG* gelingt, 125.000 kleinere und mittlere Bauern – die vorher noch nie eine eigene Interessenvertretung besaßen – zu organisieren. Es ist aber auch ein zentraler Schwachpunkt der Revolution, das Bewusstsein dieser Bauern nicht genügend zu verstehen, was dazu führt, dass auch die Contra unter ihnen ihre stärkste Unterstützerbasis findet.

Sie fürchten den Verlust ihrer Verdienstmöglichkeiten durch die staatliche Kontrolle über den Handel und sogar den Verlust ihres Landes durch Zwangskollektivierungen. So erscheint vielen von ihnen die Unterstützung der Contra als die naheliegende Form, ihr Eigentum und ihre Existenz zu verteidigen (Baumeister 1991: 233-234). Dies wiederum führt zu zahlreichen militärischen Kampagnen gegen die Contra, in deren Verlauf auch unbeteiligte Bauern – nicht selten sogar solche, die die FSLN im Befreiungskampf gegen Somoza unterstützt hatten – zu Opfern der Sandinistischen Volksarmee EPS (Ejército Popular Sandinista) werden (Bendaña 1991).

Bei der Kreditvergabe werden Kooperativen gegenüber einzelbäuerlichen Betrieben bevorzugt. Was für die Regierung die Förderung einer fortschrittlichen Produktionsweise bedeutet, wird von den Kleinbauern jedoch als Diskriminierung ihrer individuellen Anstrengungen aufgefasst. Erst Mitte der 1980er Jahre, aber schon auf dem Höhepunkt des Contra-Krieges, ändert die Regierung ihre Politik, öffnet den Binnenhandel und fördert auch individuelle landwirtschaftliche Betriebe (Baumeister 1991: 233-235).

Es ist bemerkenswert, dass die Sandinisten inmitten dieses Bürgerkrieges – und im Gegensatz zu vielen anderen vergleichbaren historischen Erfahrungen – nicht zu einer Verschärfung von Autoritarismus und Repression greifen, sondern 1984 Wahlen abhalten und danach einen sehr offenen landesweiten Diskussionsprozess über die neue Verfassung organisieren (ebd. 235).

An den bis hierher beispielhaft dargestellten Massenorganisationen – der Arbeiterschaft, Stadtteile, Frauen und Bauern – werden politische und soziale Dynamiken deutlich, die sich auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft wiederfinden. Ob im Bereich der Jugend, der Landarbeiterschaft, der Wissenschaft und Kultur, der Lehrerschaft, der Behinderten oder auch der ethnischen Minderheiten, kommt es zu einer wahren Blüte der Selbstorganisation, die von den Sandinisten häufig initiiert und unterstützt wird. Diese Organisationen nehmen auf den unterschiedlichsten Ebenen am gesellschaftlichen Leben teil. In weiten Teilen unterstützen sie die Revolution, sie sind aber auch zu eigenständigen Mobilisierungen und Demonstrationen gegen bestimmte staatliche Maßnahmen fähig (Lobel 1991: 272; Serra 1991: 69-70).

Die Sekretäre oder Koordinatoren der Massenorganisationen werden auf den unteren Ebenen in aller Regel von der Basisstruktur gewählt. Aber auf regionaler oder nationaler Ebene werden die Leitungen von der FSLN eingesetzt (Serra 1991: 56). Die politischen und praktischen Orientierungen werden von der Nationalen Leitung der Frente und dem entsprechenden Partei-Sekretariat ausgegeben, müssen dann über die jeweilige Organisation weitergegeben und schließlich von den untersten Basiseinheiten ausgeführt werden. Als dieses vertikale und autoritäre Modell offensichtlich nicht mehr funktioniert, kommt es ab Mitte der 1980er Jahre in verschiedenen Massenorganisationen zu Versuchen, sie zu demokratisieren und ihre Selbstständigkeit gegenüber der FSLN zu stärken, was aber mit Ausnahme der UNAG kaum zu Verbesserungen führt (ebd. 64-66).

Der am teuersten bezahlte, vielleicht aber auch größte politische Erfolg in Bezug auf ein emanzipatives Verhältnis zwischen Basis und Führung kann möglicherweise an der *Karibikküste* festgestellt werden. Dort kommt es schon Anfang 1981 zu Konflikten, die sich Ende 1981 zu bewaffneten Konfrontationen zwischen der Sandinistischen Armee und den dort lebenden Miskitos eskalieren, denen mindestens 17 – wahrscheinlich aber mehr – unbewaffnete Miskitos zum Opfer fallen (Linfield 1991: 276-278; CIDH 1984). Jedoch führt ein danach eingeleiteter Prozess der Kommunikation und der Aussöhnung schließlich zur Verankerung weitgehender Autonomie-Rechte für die Miskitos und andere in der Region lebende Ethnien, die für den gesamten amerikanischen Kontinent beispielgebend sind (Reding 1991: 93). In dem 1987 verabschiedeten Autonomiestatut werden diese Rechte in Bezug auf die Kultur, die politischen Entscheidungswege, die Selbstverwaltung, auf Eigentumsfragen und die natürlichen Ressourcen der Region sehr detailliert festgehalten (Estatuto de la Autonomía 1987).

Der offizielle Diskurs der sandinistischen Führung, dass zuerst das Land verteidigt und damit auch die Revolution konsolidiert werden muss und jedes andere Problem demgegenüber zweitrangig ist (Serra 1991: 58), wird hier bewusst durchbrochen: Er wird durch die Einsicht ersetzt, dass nur durch die Anerkennung der spezifischen Interessen der an der Atlantikküste lebenden Volksgruppen die nationale Einheit Nicaraguas auf friedliche Weise gesichert werden kann (González / Figueroa 2009: 326-334).<sup>23</sup> Das gleiche Prinzip ließe sich auch auf die Frauen, die Bauernschaft, die Arbeiterschaft usw. übertragen: Wenn die FSLN die spezifischen Probleme und Forderungen dieser Sektoren besser verstanden hätte, dann hätte sie möglicherweise auch deren Unterstützung bei den Wahlen trotz des Krieges und des Mangels in einem Maße gewinnen und aufrechterhalten können, das sie durch die tatsächlich angewandten autoritären und repressiven Methoden nicht erreichen konnte. Diesen Weg – die innere Demokratie und äußere Autonomie der Massenorganisationen zu stärken – hat die FSLN aber nie konsequent beschritten.

#### 4.4 Menschenrechte

Die Situation der Menschenrechte in Nicaragua während der 1980er Jahre ist eine weit gefächerte Materie, sie reicht in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein, und sie ist auch eines der umstrittensten Themen in der politischen Bewertung der Sandinistischen Revolution. Um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen, werde ich mich in diesem Abschnitt anknüpfend an Michael Linfield (1991) auf einige wenige methodische und empirische Aussagen beschränken.

Bei einer Beurteilung der Menschenrechtssituation muss in einem ersten Schritt zwischen fundamentalen Menschenrechten – wie z.B. das Recht auf Leben, auf menschliche Behandlung und auf Freiheit von Sklaverei – und weitergehenden Menschenrechten – wie etwa die Freiheit der Rede, der Religionsausübung, der Versammlung, der Reise u.a.m. – unterschieden werden. Entsprechend verschiedener internationaler Verträge über Menschenrechte dürfen erstere unter keinen Umständen verletzt werden, während letztere unter Bedingungen des Krieges, von Naturkatastrophen oder anderen Notsituationen, eingeschränkt werden dürfen und auch von allen Staaten der Welt tatsächlich eingeschränkt werden (ebd. 275-278).<sup>24</sup> Da es sich im Falle von Nicaragua ohne Zweifel um eine Kriegssituation handelt, kommt Linfield zu dem Urteil, dass sich "Nicaragua's human rights record under the Sandinistas [...] in full compliance with the standards imposed by international human rights treaties" befindet (ebd. 275).

In einem zweiten Schritt muss man einen Maßstab definieren, an dem man die Menschenrechtssituation eines Landes messen will, wobei es sich anbietet, sich auf die allgemein von Staaten geübte Menschenrechts-Praxis in Kriegssituationen zu beziehen. Es ist unbestritten, dass während der Sandinistischen Revolution bestimmte demokratische Rechte – z.B. die Pressefreiheit oder das Streikrecht – eingeschränkt wurden. Wenn man jedoch die Bilanz Nicaraguas in Bezug

---

<sup>23</sup> Das Autonomie-Statut tritt zwar 1990 in Kraft, wird jedoch nach der Abwahl der Sandinisten von den nachfolgenden neo-liberal orientierten Regierungen in vielen Punkten missachtet und umgangen (González / Figueroa 2009: 328-332).

<sup>24</sup> Siehe auch die Stellungnahme von Premierministerin Theresa May vom 06. Juni 2017 zur Einschränkung von Menschenrechten im Kampf gegen den Terrorismus (SPIEGEL ONLINE 07.06.2017).

auf die Bürgerrechte und demokratischen Freiheiten in Kriegszeiten mit denen vieler anderer westlicher Staaten einschließlich der USA vergleicht, dann fällt das Urteil deutlich zu Gunsten des sandinistischen Nicaraguas aus (ebd. 275).

Linfield erläutert seine Einschätzung mit einer Vielzahl von konkreten Beispielen aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Israel. Diese Beispiele sind kein Argument gegen berechtigte Kritiken an den Verhältnissen in Nicaragua. Aber sie weisen darauf hin, dass die Menschenrechte in allen Teilen der Welt mit dem gleichen Maßstab gemessen werden müssten, wenn sie nicht zu einem unsachlichen Propaganda-Instrument verkommen sollen.

Als dritter – und möglicherweise wichtigster – Schritt sollte dann aber überprüft werden, ob es für eine Revolution, die für sich in Anspruch nimmt, Freiheit und Menschenrechte zu verwirklichen, ausreicht, nur etwas besser zu sein als Regierungen, die über viele Jahrzehnte hinweg gezeigt haben, dass sie ein rein instrumentelles Verhältnis zu den Menschenrechten haben. In dieser Hinsicht bringt die Sandinistische Revolution durchaus neue Elemente in die Politik – insbesondere auch in Ansätze sozialistisch orientierter Veränderungen – ein, die immer noch beispielgebend sind: Nach dem Sturz der Diktatur setzt die revolutionäre Regierung durch, dass die alten Unterdrücker nicht vom aufgebrachten Volk umgebracht, sondern gefangengenommen werden; die Todesstrafe wird abgeschafft (ebd. 286); die Oppositionszeitung *La Prensa* kann weitgehend unbehelligt erscheinen und wird erst geschlossen, als ihr Herausgeber Jaime Chamorro die USA offen dazu auffordert, die Contra mit 100 Millionen Dollar zu unterstützen (ebd. 280); es wird ein Parteienpluralismus eingeführt; 1984 und 1990 werden demokratische Wahlen durchgeführt; die Religionsausübung ist völlig frei; es herrscht eine ausgeprägte Meinungsfreiheit; es gibt weder Ausgangssperren noch Reisebeschränkungen (ebd. 284).

Trotz vieler "unnötiger" und "kontraproduktiver" Beschränkungen durch die Regierung kommt Linfield (ebd. 290) zu dem Schluss, dass die Sandinisten angesichts der Zerstörungen und Verwüstungen, die der von den USA unterstützte Krieg der Contras in Nicaragua angerichtet hat, während ihrer Regierungszeit "a remarkable openness, tolerance, and respect for human rights and civil liberties" an den Tag legen.

Dieses Urteil muss jedoch angesichts jüngerer Untersuchungen und Veröffentlichungen relativiert werden. Schon für die Verhaftung von Melvin Wallace am 21. Juli 1979 – also nur zwei Tage nach dem Sieg der Revolution – und die Schließung der von ihm herausgegebenen Zeitung *El Pueblo* gibt es keine akzeptable Begründung. Melvin Wallace ist ein unabhängiger Intellektueller, der schon unter Somoza die pluralistisch konzipierte Zeitung *El Pueblo* herausgibt, die allen Linken einschließlich der Sandinisten offensteht.<sup>25</sup> Erst recht gibt es keine Rechtfertigung für extra-legale Unterdrückungsmaßnahmen durch das Innenministerium (US Department of State 1986) oder dafür, dass der Innenminister Tomás Borge die Ermordung eines aufmüpfigen Gefangenen befiehlt (Rocha 2013). Am 30. Mai 1984 wird in La Penca – einer Finca nahe der Grenze zu Costa Rica – ein Bombenattentat auf eine Pressekonferenz von Edén Pastora, der zu jener Zeit bewaffnet gegen die Sandinisten kämpft, verübt. Dabei kommen drei Journalisten ums Leben, und es gibt weitere Todesopfer sowie viele zum Teil schwer verletzte

---

<sup>25</sup> Persönliches Gespräch mit Melvin Wallace am 08.08.2013 in Managua.



Personen (Garvin 1992: 137). Dieser Anschlag, der vielfach dem CIA zur Last gelegt wurde, wird jedoch in Wahrheit vom sandinistischen Geheimdienst ausgeführt, was der damalige Vize-Innenminister Luis Carrión inzwischen auch öffentlich bestätigt hat (Carrión 2011). Dieses Verbrechen steht vollständig außerhalb jeglicher Menschenrechtskonventionen und ist selbst unter Bedingungen des Krieges nicht zu rechtfertigen.

Laut Vilma Núñez (2014) – damalige Vize-Präsidentin am Obersten Gerichtshof – waren "die Sandinistische Volksarmee und das Innenministerium [...] für schwerste Verletzungen der Menschenrechte" verantwortlich, was auch außerrechtliche Hinrichtungen von Gefangenen mit einschließt. Sie stellt fest, "dass wir in Nicaragua immer noch eine unbeglichene Schuld gegenüber sehr vielen Opfern von Menschenrechtsverletzungen vor uns hertragen". Diejenigen, die sich ihr ganzes Leben lang mit den Menschenrechten identifiziert haben, müssen sich heute sagen: "en algo fallamos" ("irgendetwas haben wir falsch gemacht").

Sie bedauert, dass bis heute immer noch nicht vollständig bekannt ist, welche Menschenrechtsverletzungen seitens der Sandinistischen Revolution begangen wurden, und sie besteht darauf, dass es ein "Recht auf die Wahrheit" gibt. Ihre Schlussfolgerung lautet, dass "viele Menschen in Nicaragua einen Anspruch darauf haben, die Wahrheit zu kennenzulernen, Gerechtigkeit zu erfahren und eine Wiedergutmachung zu erhalten. Wir sind dazu verpflichtet, alle Anstrengungen zu unternehmen, dass endlich dieser Tag kommt, um unsere Verpflichtung gegenüber sehr vielen Opfern einzulösen." (ebd.)

#### 4.5 Partizipative Demokratie

In ihrem Historischen Programm von 1969 strebt die FSLN anstelle von "Wahlfarcen und Militärputschen" eine "revolutionäre Macht" an, die "die volle Partizipation des gesamten Volkes erlaubt", ohne dies jedoch näher auszuführen (FSLN 1984: 16). Das Grundstatut der Republik spricht – während des Aufstandes – von einer "demokratischen Regierung, die tief im Volk verwurzelt ist" (JGRN 1979b). Im 72-Stunden-Dokument wird – nach zwei Monaten Erfahrungen an der Macht – schon konkreter gefordert, dass "Massenorganisationen als Ausdruck des Volkswillens" aufgebaut und "an den Entscheidungen der Regierung mit beteiligt" werden sollen (FSLN 1979: 25). Im August 1980 erklärt Humberto Ortega (1987: 227), dass "Demokratie [...] Partizipation des Volkes in politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten [bedeutet]. Je mehr sich das Volk an diesen Dingen beteiligt, desto demokratischer sind sie organisiert. [...] Demokratie beginnt nicht und endet auch nicht mit Wahlen. Demokratie beginnt dann, wenn die Ungleichheiten beginnen kleiner zu werden". 1984 bringt das *Zentrum für Untersuchungen und Studien der Agrarreform CIERA* (1984)<sup>26</sup> die Schrift *Die partizipative Demokratie in Nicaragua* (La Democracia Participativa en Nicaragua) heraus, in der "die Natur des demokratischen Projektes der Sandinistischen Volksrevolution" grundlegender dargestellt wird.

---

<sup>26</sup> Centro de Investigaciones y Estudios de la Reforma Agraria, eins der wichtigsten intellektuellen Zentren der Sandinistischen Revolution.

Allgemein ausgedrückt verstehen die Sandinisten unter partizipativer Demokratie: Beteiligung breiter Teile der Bevölkerung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, die weit darüber hinausgeht, von Zeit zu Zeit Parlamentswahlen durchzuführen. Sie ist im Wesentlichen durch die folgenden Elemente gekennzeichnet:

Die breit gefächerten *politischen Parteien* (siehe 4.2) und *Massenorganisationen* (siehe 4.3) einschließlich der nicht-sandinistischen Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle in der Sandinistischen Revolution. Diese Organismen sind Ausdruck einer außerordentlich hohen Mobilisierung großer Teile der nicaraguanischen Gesellschaft unter der weithin unangefochtenen politischen Vorherrschaft der Sandinisten (CIERA 1984: 37-93). Ein beeindruckendes Beispiel dafür ist die Alphabetisierungs-Kampagne von 1980, an der sich fünf Monate lang freiwillig 95.582 meist jugendliche Nicaraguaner/innen beteiligen, dabei 406.056 ihrer Landsleute Lesen und Schreiben beibringen und die Rate des Analphabetismus damit von gut 50% auf knapp 13% senken (Cardenal 2009: 311-312). Darüber hinaus kommt es mit Gesundheitskampagnen, Ernteeinsätzen und anderen Aktionsformen zu vielen weiteren auf Freiwilligkeit basierenden Massenmobilisierungen zum Aufbau des Landes.

Auch die aktive *Beteiligung* der Organisationen, Parteien und anderer Gremien des Volkes *an der Gesetzgebung* – zunächst im Staatsrat, später im Prozess der Verfassungsgebung (siehe 4.2) – sind hervorstechende Merkmale dieser Epoche (CIERA 1984: 97-99; Lobel 1991: 271-276).

In den größeren Betrieben auf dem Lande und in der Stadt wird die *Arbeiterkontrolle* eingeführt: Durch die Rechenschaftspflicht der Betriebsleitungen gegenüber den Belegschaften soll in den Staatsbetrieben eine fachlich gute und rationelle Betriebsführung durchgesetzt und in der privaten Wirtschaft eine Dekapitalisierung verhindert werden (CIERA 1984: 100-123).

In den Versammlungen *De Cara al Pueblo* (Mit dem Gesicht zum Volk) stellen sich der Präsident, Vize-Präsident, Minister/innen und andere hohe Staatsfunktionäre den Fragen und Kritiken der Bevölkerung aus allen Sektoren der Gesellschaft. Es herrscht völlige Redefreiheit, und die Verantwortlichen müssen die Kritiken und Vorschläge sofort beantworten oder sie zumindest in den darauffolgenden Tagen bearbeiten und klären. Die Veranstaltungen werden später im Fernsehen übertragen (Sandoval et al. 1995). Der Priester und Bildungsminister Fernando Cardenal (2009: 369) bezeichnet sie als ein "enorm positives Element, weil es den Leuten erlaubte, sich mit ihren Fragen, Kritiken oder auch Forderungen an die Minister oder wen sie wollten zu richten". Sie schufen ein "Bewusstsein für die Partizipation der Menschen", und sie "zwangen uns, gut zu arbeiten, weil unsere Arbeit in aller Öffentlichkeit überprüft wurde".

Auf nationaler und auch regionaler Ebene berät ein System von *Räten, Komitees und Kommissionen* (Consejos, Comités, Comisiones), in denen auch die Massenorganisationen vertreten sind, Ministerien, wie z.B. die der Agrarreform, der Bildung oder der Planung (CIERA 1984: 126-132; Serra 1991: 59).

Auch die Verteidigungspolitik zeigt partizipatorische Züge: Obwohl die *allgemeine Wehrpflicht* (CSJ o.J.: Art. 96) aufgrund des opferreichen Contra-Krieges sehr umstritten ist, hat sie doch den grundlegenden Vorteil, dass diese aus allen Teilen des Volkes bestehende Armee kaum zur Unterdrückung gegen das eigene Volk eingesetzt werden kann. Darüber hinaus

schließen sich schon im Jahre 1980 mehr als 50.000 Männer und Frauen freiwillig den *Sandinistischen Volksmilizen MPS* (Milicias Populares Sandinistas) an, um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Deren Anzahl wächst bis 1983 auf rund 300.000 Mitglieder – ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung – an, wodurch sich die bewaffnete Macht des Volkes ausdrückt (CIERA 1984: 71; Serra 1991: 54).

Während der Sandinistischen Revolution partizipiert das Volk aktiv an weiten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Es hat jedoch keinen entscheidenden, sondern ausschließlich nur beratenden Charakter. Verfassungsmäßig verankerte Institutionen direkter Demokratie, wie das Referendum oder das Plebiszit, werden nicht in Anspruch genommen. Es gibt auch keine besonderen Institutionen der partizipativen Demokratie, wie z.B. Volksräte, die in Konkurrenz zu den parlamentarischen Institutionen stehen. Die Sandinisten regieren mit den Mitteln der aktiven Einbeziehung der Massen, der direkten Kommunikation und der Konsultation, um eine möglichst breite Basis für ihr gesellschaftspolitisches Projekt zu gewinnen. Aber die Entscheidungsgewalt geben sie nicht aus der Hand.

#### 4.6 Rechtsstaatlichkeit

Bisher habe ich einige zentrale formelle und materielle Elemente von Rechtsstaatlichkeit (Klatt 2017: 390-393) aufgeführt, die während der Sandinistischen Revolution in einem hohen Maße verwirklicht wurden. Sie stellen einen bedeutenden qualitativen Fortschritt gegenüber der gestürzten Somoza-Diktatur dar. Auch wenn die Figur des Rechtsstaates erst 1995 Eingang in die Verfassung Nicaraguas findet, wird die absolute Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz bereits in dem Statut über die Rechte und Garantien (JGRN 1979c: Art. 3) und in der Verfassung von 1986 (CSJ o.J.: Art. 27) verankert.

Diese Rechtsnorm wird jedoch von den regierenden Sandinisten vielfach verletzt, was an vier Problemfeldern verdeutlicht werden soll:

*Vermischung von Staat und Partei:* Während der gesamten zehneinhalb Jahre der Sandinistischen Revolution liegt die oberste Macht im Staate *de jure* zwar in den Händen der Regierung, *de facto* jedoch in denen der Nationalen Leitung der FSLN. Dabei entwickelt sich Daniel Ortega langsam aber stetig zur zentralen Figur, was insbesondere auch durch seine doppelte Funktion als Koordinator sowohl der DN, als auch der JGRN und später durch seine Rolle als Präsident verstärkt wird. Während sich die Regierung jedoch 1984 und 1990 demokratischen Wahlen stellt, wird die Leitung der FSLN in dieser Periode niemals durch Wahlen bestätigt.

Den dominierenden Einfluss der Sandinisten auf die Regierungspolitik könnte man noch mit ihrem politischen Gewicht und ihrer Anerkennung durch große Teile des Volkes rechtfertigen, aber die staatliche Finanzierung der etwa 600 Parteifunktionäre ist durch kein Gesetz mehr abgedeckt (Ferrero 2015; Fonseca Terán 2005: 287-288; Gilbert 1988: 41-42; Martí i Puig / Close 2009: 35; Prevost 1991: 110).

Im sandinistischen Nicaragua entwickelt sich ein weit verzweigtes Netz von Begünstigung und *Korruption*. "Beim Sieg der Revolution hieß ein guter Sandinist zu sein, den Verhaltenskodex einzuhalten, den die Toten [des Befreiungskampfes] aufgestellt hatten." Aber "[d]ie Werte, die in ihrem ganzen Glanz erstrahlten, als für sie und durch sie gekämpft wurde, lösten sich, als sie

gelebt [...] wurden, im Getümmel des Lebens auf, [...] in den weltlichen Schwächen, im abrupten Wandel der sexuellen Gewohnheiten und vor allem im Kampf um die Macht" (Ramírez, 2001: 46-47). Es galt die "Regel des Nicht-Habens, [...] Alles, was die politischen Führer in Händen hielten, gehörte dem Staat, Wohn- und Wochenendhäuser, Fahrzeuge, Möbel; die Betriebskosten, die Feste und Feiern gingen alle [...] auf das Konto des Staates." Und "[d]ie Häuser [...] mussten groß sein, [...] nicht wenige besaßen Schwimmb Becken, Sauna, Billard- oder Gymnastikräume oder Sportplätze, [...] die Größe der Leibwächtertruppe [...] war eine Frage des Prestiges" (ebd. 48). Armee-Chef Humberto Ortega kauft auf Staatskosten Kühlschränke, Toyotas, Rolex-Uhren oder andere Edelprodukte und gibt sie hohen Offizieren als persönliches Geschenk, um sich deren Loyalität zu versichern (Miranda / Ratliff 1994: 39).

Im September 1979 werden die Luxusvillen der alten somozistischen Oberschicht verstaatlicht, um sie Kindergärten, Kriegsinvaliden, Schulen, Ministerien, Bibliotheken o.ä. zur Verfügung zu stellen. Das Dekret Nr. 59 stellt dazu ausdrücklich fest, dass diese Immobilien "in keinem Fall als Residenzen für Regierungsfunktionäre benutzt werden dürfen". Doch kaum ist dieses Dekret gedruckt, da fallen "angeführt von der Nationalen Leitung zahllose angebliche Führer der Revolution in einer schamlosen Schlacht um die beste Beute wie Pirañas über diese verstaatlichten Leckerbissen" her und nehmen sie für sich in Beschlag (Hassan 2009: 52-53).

Das Lawyers Committee for International Human Rights LCHR (1985) stellt in seiner Dokumentation über das *nicaraguanische Rechtssystem* fest: "Despite varied sources of pressure, the regular judiciary in Nicaragua is generally independent, with some notable exceptions." Insbesondere kritisiert das LCHR die Schaffung von *Sondergerichten* (Tribunales Especiales) im November 1979 zur Behandlung von etwa 6.000 Fällen ehemaliger Angehöriger der Nationalgarde. Ebenso werden die im April 1983 zur Behandlung von Kämpfern der Contra gebildeten *Anti-Somozistischen Volkstribunale* (Tribunales Populares Anti-Somocistas) als "wholly outside the regular court system" bezeichnet (ebd. 8). Gleichzeitig bescheinigt dieser Bericht jedoch auch den Willen der nicaraguanischen Justiz, angeführt vom Obersten Gerichtshof CSJ, ihre Unabhängigkeit zu bewahren und Menschenrechte zu stärken (ebd. 11).

Die damalige Vize-Präsidentin des CSJ Vilma Núñez (2014) berichtet später, dass der CSJ gegen diese Sondertribunale protestierte und viele von ihnen begangene Willkürmaßnahmen korrigierte: "wir setzten Richter ab, annullierten einige Urteile, änderten Strafen". Der CSJ weist auch Gesetze zurück, die er für verfassungswidrig hält, oder stellt sich den richterlichen Kompetenzen der Polizei bei Inhaftierungen von bis zu zwei Jahren entgegen. Diesem Bemühen des CSJ um rechtsstaatliche Prozesse setzt sein direkter Gegenspieler Innenminister Tomás Borge jedoch entgegen, dass jedes Gesetz entsprechend der Orientierungen der Revolution interpretiert werden müsse (LCHR 1985: 22), was nach dem Verständnis des CSJ jedoch reine Willkür bedeuten würde (Ferrero 2015: 839). Dieser Konflikt durchzieht die gesamte Zeit der Sandinistischen Revolution, wobei dem CSJ aber dennoch ein hoher Grad an Unabhängigkeit bescheinigt wird (LCHR 1985: 25).

In Nicaragua hat das Wort *Piñata* zwei Bedeutungen: Erstens ist es ein Spiel, bei dem Kinder mit verbundenen Augen versuchen, eine an einem Seil hängende bunte Figur mit einem Stock so lange zu schlagen, bis sie kaputtgeht, die darin enthaltenen Süßigkeiten herausfallen und alle Kinder darüber herfallen, um möglichst viel davon für sich zu ergattern. Zweitens bezeichnet

"la piñata" aber auch den Prozess der Aneignung von Häusern, Villen, Ländereien und anderen Reichtümern Nicaraguas durch die Führung der Sandinisten, bevor sie die Macht nach ihrer Wahlniederlage vom Februar 1990 an die neu gewählte Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro übergibt.

Unter dem Vorwand, dass die FSLN in der zukünftigen Rolle als Oppositionspartei materielle Mittel zum eigenen Überleben braucht, wird mit der neu gewählten Regierung eine Vereinbarung geschlossen, nach der diverse bis dahin staatliche Besitztümer Privatpersonen überschrieben werden, die diesen Besitz und die durch ihn generierten Einkünfte der FSLN weitergeben sollten, dies aber weitgehend überhaupt nicht tun. So landen nach einer "chaotischen Übereignung von Gebäuden, Unternehmen, Haciendas [und] Aktienpaketen" noch vor der Amtsübernahme der neuen Regierung Barrios de Chamorro im April 1990 enorme Reichtümer in den Händen einer neu entstehenden "sandinistischen" Oberschicht. Als die FSLN ein Jahr später der Privatisierung weiterer Staatsbetriebe zustimmt, bekommen die Gewerkschaftsführer als Gegenleistung dafür 25 Prozent dieser Unternehmen als Eigentum überschrieben. Anstatt diesen Besitz – wie eigentlich vorgesehen – ihren Gewerkschaften zu Gute kommen zu lassen, behalten diese Führer am Ende lieber alles für sich und finden damit ebenfalls Eingang in die Liste der "sandinistischen" Neureichen (Ramírez 2001: 50-52).

Offensichtlich ist das sandinistische Nicaragua in Bezug auf die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie keine Ausnahme gegenüber anderen lateinamerikanischen Staaten, die zwar demokratische Wahlen und partizipative Rechte gewährleisten, während Gleichheit vor dem Gesetz und Durchsetzung des Rechtes auch gegenüber der Oberschicht jedoch noch keineswegs sichergestellt sind (Nolte 2000).

#### 4.7 Innerparteiliche Demokratie

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre führen interne Differenzen über die strategische Ausrichtung der FSLN zu drei Tendenzen, die sich zwar alle noch als FSLN bezeichneten, aber in Wirklichkeit drei unabhängig voneinander operierende Organisationen sind: Die älteste von ihnen nennt sich *Langanhaltender Volkskrieg GPP* (Guerra Popular Prolongada) und orientiert sich auf einen langfristigen Guerilla-Krieg in ländlichen Gebieten. Die *Proletarische Tendenz TP* (Tendencia Proletaria) setzt sich primär für den Kampf mittels Gewerkschaften und den Aufbau von Parteistrukturen ein. Die *Aufstands-Tendenz TI* (Tendencia Insurreccionista, auch: Terceristas, die Dritten) vertritt das Konzept, breite politische Bündnisse mit bewaffneten Aufständen in den Städten zu kombinieren. Die sich verschärfende Unterdrückung des Somoza-Regimes führt ab 1977 zu einem wachsenden Widerstand der Bevölkerung und einer neu erstarkten politisch-militärischen Initiativkraft der sandinistischen Kämpfer/innen.

Die dadurch entstandene Einheitsdynamik, verstärkt durch das Angebot Fidel Castros, eine vereinigte FSLN auch mit Waffenlieferungen zu unterstützen, führt im März 1979 zur Wiedervereinigung der FSLN, eine der entscheidenden Voraussetzungen für den späteren Sieg über die Nationalgarde (Prevost 1991: 106-110).

Bei dieser Neuformation der FSLN entsendet jede der drei Tendenzen – unabhängig von ihrer jeweiligen Stärke (bzgl. ihrer Anzahl, Waffen, Bündnispartner usw.) – drei Repräsentanten in

die neu geschaffene gemeinsame Nationale Leitung. Dieses neue oberste Entscheidungsgremium soll als Kollektivorgan funktionieren, und es besteht aus den neun *Comandantes de la Revolución*: Tomás Borge, Henry Ruiz, Bayardo Arce (GPP), Jaime Wheelock, Luis Carrión, Carlos Núñez (Proletarios) und Humberto Ortega, Daniel Ortega und Víctor Tirado (Terceristas). Dieses Gremium agiert während der gesamten sandinistischen Regierungszeit nach außen nahezu als monolithischer Block, obwohl bekannt ist, dass die Comandantes hinter verschlossenen Türen teilweise sogar über mehrere Tage hinweg bestimmte politische Fragen diskutieren, bevor sie damit an die Öffentlichkeit treten (ebd.). Es ist nach wie vor ein großes Geheimnis, was in dieser Periode tatsächlich innerhalb der Nationalen Leitung geschah.

Das einzige demokratische Verfahren in der FSLN ist der offene Meinungs austausch innerhalb der Nationalen Leitung, in der jedes der Mitglieder das gleiche Gewicht besitzt und die in aller Regel zu konsensualen Beschlüssen kommt (Wheelock 1983: 16-17). Diese angebliche Gleichheit der Comandantes wird teilweise aber auch übertrieben dargestellt, wenn Sergio Ramírez (2001: 99) beispielsweise schreibt, dass es noch "nicht einmal einen *primus inter pares*" gab und daher auch die Redner auf den großen Massenversammlungen nach dem Rotationsprinzip ausgewählt wurden. Bei den zehn Revolutionsfeierlichkeiten zum 19. Juli von 1980 bis 1989 war der Hauptredner immer Daniel Ortega.<sup>27</sup>

Die *Sandinistische Versammlung AS*, (Asamblea Sandinista) ist ein beratendes Gremium für die DN, das aus bewährten Kämpfer/innen der Befreiungsbewegung und anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens besteht, die sich der FSLN angeschlossen haben. Sie hat bis zu 105 Mitglieder, die von der DN bestimmt werden, und trifft sich in unregelmäßigen Abständen, um wichtige Themen zu besprechen (Ferrero 2015: 815; Prevost 1991: 110).

Schließlich gibt es noch die *regionalen, zonalen* und *Basisstrukturen* der FSLN, die streng hierarchisch durchorganisiert sind: Mit Ausnahme der untersten Basisstruktur werden die Sekretäre und Koordinatoren von der nächst höheren Ebene bestimmt, während die Informationen und Richtlinien strikt von oben nach unten durchgereicht werden (Prevost 1991: 112-113).

Es gibt während der Sandinistischen Revolution in der FSLN keine internen Wahlen. Es gibt für normale Parteimitglieder keine Möglichkeit, Vorschläge für die Politik oder das Programm der FSLN einzubringen. Es gibt keinen Kongress, der die Politik und Programmatik diskutiert und beschließt sowie die nationale Führung wählt (ebd.). Die Comandantes der DN agieren als eine "paternalistische Gottheit", als ein "Caudillo mit neun Köpfen", getragen von den Massen, die ihr auf den Kundgebungen zu Hunderttausenden entgegenrufen: "Dirección Nacional: ¡ordene!" ("Nationale Leitung: befehl!") (Ramírez 2001: 59). Die Forderung nach einem Parteikongress oder nach Wahl der Parteiführung wird erst nach der Wahlniederlage von 1990 in breiterer Form gestellt, was dann schließlich auch zum ersten Parteikongress der FSLN im Juli 1991 führen wird.

---

<sup>27</sup> Bei den Revolutionsfeierlichkeiten von 1980 und 1981 sprach außer Daniel Ortega auch Tomás Borge und 1983 Martha Cranshaw, *Barricada*, div. Ausgaben, in den 1980er Jahren Parteizeitung der FSLN.

## 5 FSLN an der Macht: demokratisch und autoritär

Nach einer kurzen historischen Einführung (Kapitel 2) befasst sich der erste Hauptteil dieser Arbeit mit der programmatischen Entwicklung des Sandinismus (Kapitel 3). Der zweite große Komplex untersucht die gesellschaftlichen Verhältnisse während der sandinistischen Regierungszeit vom Juli 1979 bis zum April 1990 (Kapitel 4). In diesem 5. Kapitel fasse ich die wesentlichen Ergebnisse dieser Untersuchung zusammen und stelle darauf aufbauend einige wichtige Elemente meiner Interpretation des sandinistischen Experimentes dar.

Die Analyse der sandinistischen Periode im vorangegangenen Abschnitt schlägt einen Bogen von den Rahmenbedingungen des Krieges, über den Aufbau eines demokratischen Staates, die bedeutende Rolle der Massenorganisationen, die umstrittene Menschenrechtssituation, Charakteristika der politischen Partizipation, ernsthafte Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit bis hin zur streng vertikal durchorganisierten FSLN. Dabei treten Strukturen parlamentarischer und partizipativer Demokratie hervor, die nicht nur gegenüber der gestürzten Somoza-Diktatur, sondern auch im Vergleich mit beliebigen anderen demokratischen Gesellschaften als vorbildlich gelten können. Es werden jedoch auch Situationen schwerster Verletzungen von Menschenrechten benannt.

Ist es unter diesen Umständen gerechtfertigt, von einem Scheitern der Sandinistische Revolution zu sprechen? Jedenfalls wäre es nicht richtig, die Abwahl der FSLN automatisch mit einem Scheitern der Revolution gleichzusetzen. Nach zehn Jahren Krieg und materieller Not war es mehr als verständlich, dass das Volk mehrheitlich für eine Präsidentin stimmte, die Frieden und sozialen Fortschritt versprach. Es wäre theoretisch schließlich nicht ausgeschlossen gewesen, dass die Sandinisten nach einer gewissen Erholungsphase in der Opposition wieder zur Mehrheitspartei geworden wären und die Revolution vollendet hätten.

Die Propaganda der aktuellen Regierung Ortega-Murillo – seit 2007 ist Daniel Ortega wieder Präsident, und seit Februar 2017 ist seine Ehefrau Rosario Murillo Vize-Präsidentin – behauptet genau dies. In Wirklichkeit jedoch geriet die FSLN nach 1990 in einen Degenerationsprozess hinein, der letztlich zur aktuellen Situation führte, die nichts mehr mit ihren ursprünglichen Idealen zu tun hat.

Die zentralen Zielsetzungen, mit denen die Sandinisten in den 1980er Jahren angetreten sind, wie demokratische Freiheiten, Pluralismus, Partizipation, Bündnis der Lohnabhängigen von Stadt und Land, die Befreiung der Frau, Gewaltenteilung, demokratische Wahlen, von einem sozialistischen Umbruch ganz zu schweigen, liegen heute in weiterer Ferne als jemals zuvor.

Bis zum April 2018 setzte Ortega hauptsächlich auf das Mittel der Integration durch paternalistische Geschenke an die Armen sowie gute Posten und Verdienstmöglichkeiten für die Reichen, um seine Willkürherrschaft abzusichern. Die massive staatliche Repressionswelle ab diesem April bringt jedoch inzwischen viele Menschen dazu, die blutigen Regimes von Somoza und Ortega gleichzusetzen. Die wichtigen Ziele der Sandinistischen Revolution wurden nicht erreicht, sie werden heute auch gar nicht mehr angestrebt – diese Revolution ist also gescheitert.

Dennoch wäre es falsch, den sandinistischen Prozess lediglich als x-ten Beweis für die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Alternative zum (neo-liberalen) Kapitalismus abzuhaken und ihn

*ad acta* zu legen. Dafür gibt es zu viele mit ihm verbundene außerordentlich positive Erfahrungen, an denen man bei zukünftigen gesellschaftlichen Veränderungen anknüpfen sollte, und zu viele negative Ereignisse, aus denen die notwendigen Lehren gezogen werden müssen, um sie nicht erneut zu wiederholen.

Künftige Demokratisierungsprozesse sollten positiv daran anknüpfen:

- dass die Todesstrafe abgeschafft wurde;
- dass es – im Gegensatz zu vergleichbaren gesellschaftlichen Umwälzungen wie z.B. in der Sowjetunion, in Vietnam, in Kambodscha, in Angola oder im Iran – nach der Revolution nicht zu einer massenweisen Unterdrückung des Volkes gekommen ist;
- dass das Militär und die Polizei nicht als allgemeines Repressionsorgan gegen die Bevölkerung eingesetzt wurden;
- dass Religion und Revolution sich nicht mehr als alternative Pole gegenüberstanden;
- dass die Menschen sich in Gewerkschaften und anderen Interessenverbänden organisierten, um gemeinsam für ihre Anliegen zu kämpfen;
- dass in öffentlichen und privaten Betrieben die Arbeiterkontrolle eingeführt wurde;
- dass es diverse politische Parteien gab, die unabhängig von ihrer Größe die gleichen Mittel für ihre Wahlkämpfe zur Verfügung gestellt bekamen;
- dass eine demokratische Verfassung eingeführt wurde;
- dass eine Wehrpflichtarmee anstatt einer elitären Berufsarmee eingeführt wurde;
- dass sich rein defensiv orientierte Milizen bildeten;
- dass – im Gegensatz zu Mehrheitswahlsystemen wie etwa in den USA, Großbritannien oder Frankreich – tatsächlich derjenige zum Präsidenten gewählt wird, der oder die die meisten Wahlstimmen erhält, und das Parlament prozentual so zusammengesetzt ist, wie es auch dem Votum des Volkes entspricht;
- dass ein Autonomie-Statut für die Karibikküste erarbeitet wurde, das nach wie vor richtungweisend für ähnliche Prozesse in anderen Ländern ist;
- dass die Regierenden regelmäßig direkt vor das Volk traten, um sich dessen Kritiken und Forderungen zu stellen.

Viele dieser Punkte wurden inzwischen – unter maßgeblicher Beteiligung Ortegas – teilweise oder ganz wieder rückgängig gemacht. Das spricht aber nicht gegen deren Bedeutung, sondern allein gegen diejenigen, die diese Elemente von Freiheit, Demokratie und Partizipation wieder abgeschafft haben.

Als undemokratische Elemente müssen auf der anderen Seite aber Erscheinungen vermieden werden, wie:

- staatliche Willkür und Gewaltakte gegenüber einzelnen Bürger/innen;
- autoritäre und gewaltsame Aktionen gegenüber politischen Konkurrenten;
- Privilegien hoher Funktionäre (von materiellen Besserstellungen bis hin zum Verzicht auf Strafverfolgung von kriminellen Taten);
- private Aneignung öffentlicher Reichtümer durch hohe Funktionäre;
- Unterordnung von Massenorganisationen unter die Vorherrschaft einer Partei;



- Mangel an Demokratie in der FSLN in Form von Verzicht auf eine offene politische Debatte über die Parteiziele, Verzicht auf Parteikongresse, Nichtwahl der Parteiführung und ganz allgemein durch den Vertikalismus von oben nach unten;
- Widerspruch zwischen demokratischem Staat und "politisch-militärischer" Partei;
- Mangel an Demokratie in den Massenorganisationen;
- Arroganz städtischer Kader gegenüber der weniger gebildeten und politisierten Kleinbauernschaft;
- Vermischung der grundsätzlich unterschiedlichen Rollen von Staat und Partei;
- Widerspruch zwischen privater Lebensführung und politischem Diskurs.

All diese Phänomene standen in offenem Widerspruch zu den ursprünglichen Zielen der Sandinistischen Revolution. Sie waren in keiner Weise Erfordernisse zur Verteidigung dieser Revolution oder zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Nicaraguas. Sie haben aber ohne Zweifel dazu beigetragen, die Unterstützungsbasis der FSLN zu verunsichern, Verunsicherte der Opposition zuzuführen und Oppositionelle in die Hände der Contra zu treiben. Es geht in diesem Zusammenhang nicht um die individuellen Qualitäten einzelner Führungspersonlichkeiten, sondern um politische Konzepte und organisatorische Strukturen, die in der Lage sind, solche Verirrungen zu kontrollieren und zu unterbinden. Dafür sind es jedoch unverzichtbare Kernelemente, ein Höchstmaß an demokratischen Verfahren auf allen Ebenen der Gesellschaft zu implementieren, die Rechenschaftspflicht der Führung gegenüber ihrer Basis und die Wahl und Abwahl der Führung durch ihre Basis sicherzustellen, offene Diskussionen zu führen und dann gemeinsam über die jeweiligen politischen Ziele abzustimmen.

Die Wahlniederlage der FSLN von 1990 hatte also – neben äußeren Faktoren wie der US-Intervention oder der wirtschaftlichen Krise – auch innere Ursachen, die nicht eine unvermeidliche Folge der vorhandenen politischen Umfeldbedingungen, sondern die das Ergebnis von bewussten Entscheidungen der sandinistischen Führung waren. Deren größte politische Schwäche bestand darin, dass sie trotz ihrer Offenheit und Flexibilität kein ausreichendes Verständnis von der essenziellen Bedeutung demokratischer Prozesse und Strukturen in der Politik ganz allgemein und besonders in revolutionären Prozessen hatte. Dadurch neigte sie immer mehr dazu, ihre eigene Bedeutung und auch ihre Fähigkeiten zu überschätzen. Sie merkte gar nicht, wie weit sie sich schon von ihrer eigenen Basis entfernt hatte, und sah sich plötzlich und völlig unvorbereitet mit ihrer eigenen Abwahl konfrontiert.

Für die Sandinisten waren demokratische Methoden stets in erster Linie eine Taktik, durch die irgendetwas erreicht werden sollte: ein Bündnis mit Teilen der nicaraguanischen Bourgeoisie, internationale Unterstützung für die Revolution, Ruhe an der Miskito-Front, eine Wiederbelebung der CDS oder anderes. Innerhalb der FSLN wurde die Macht der neun Comandantes nie in Frage gestellt, daher war Demokratie in der eigenen Partei auch niemals eine ernsthafte Option. Die Feministinnen hielten sie für ein störendes Element, deswegen stellte man sie vor die Alternative: Unterordnung oder Trennung. Es ist ihnen nie in den Sinn gekommen, dass sie ihre Position innerhalb ihrer Partei und auch in der Gesellschaft durch eine demokratische Legitimation – gerade in der Kriegssituation – enorm hätten stärken können.

Hätten die Sandinisten die Wahlniederlage vermeiden können, wenn sie ihre Revolution demokratischer organisiert hätten? Jede bejahende oder verneinende Antwort auf diese Frage wäre

sicherlich reine Spekulation. Es ist gut möglich, dass sie die Wahlen trotzdem aufgrund des Krieges, der wirtschaftlichen Krise und der Ermüdung des Volkes verloren hätten. Aber sie wären dann zumindest besser vorbereitet in die Opposition gegangen, und sie hätten die Chance gehabt, in den kommenden Wahlen erneut für ihre ursprünglichen Ziele zu werben. Wenn es einem korrupten und machtbesessenen Ortega gelang, die Wahlen von 2006 zu gewinnen, hätte dies dann nicht auch einer erneuerten, demokratischen und basisorientierten FSLN gelingen können?

Es wird auch immer wieder die Frage diskutiert: War es richtig, in der Situation des Krieges auf eine möglichst breite Entfaltung der Demokratie zu setzen? Vieles spricht jedoch für diese Annahme. Denn wenn die sandinistische Regierung einen verschärft repressiven Kurs gegen die Opposition eingeschlagen hätte, dann hätte sich das politische Kräfteverhältnis sowohl innerhalb Nicaraguas als auch international ohne Zweifel massiv zu Lasten der Sandinisten verschlechtert. Angesichts der geostrategischen Interessen der USA und der Lage und Größe Nicaraguas gab es keine Chance, diesen Konflikt durch Repression nach innen und militärische Verteidigung nach außen zu lösen. Trotz des opferreichen Kampfes der sandinistischen Armee gab es letztlich nur eine einzige Erfolgsoption: Intern und international mussten die Sandinisten eine so breite Unterstützung gewinnen, dass der politische Preis, den die US-Regierung für die gewaltsame Zerschlagung der sandinistischen Revolution zu zahlen hätte, in eine für sie unakzeptable Höhe geschraubt wird. Dies war aber nur möglich mit dem Versuch, eine weitgehend freie und demokratische Gesellschaft aufzubauen.

Nach ihrer Wahlniederlage von 1990 hatten die Sandinisten die Möglichkeit, sich politisch zu regenerieren, unter friedlichen Bedingungen für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen und eine erneute Regierungsübernahme anzustreben. Aber mit der Piñata hatten sich ihre Führer bereits endgültig für ihr eigenes gutes Leben in ihren Villen, mit ihren großen Autos, auf ihren Landsitzen und an der Spitze ihrer neuen Unternehmen entschieden. Was mit einer angeblich radikalen Haltung – für die Revolution und gegen die parlamentarische Demokratie – begann, endete mit dem Abschied von der Revolution – in der privaten Aneignung öffentlichen Eigentums und der Übernahme gut dotierter Posten in der Staatsverwaltung.

Im berühmt-berüchtigten 72-Stunden-Dokument von 1979 hatte einer der Autoren bereits treffend verankert: "Eine Organisation, die die kollektive Diskussion [...] und] die Teilnahme ihrer Mitglieder an den dringenden Problemen der Bewegung nicht stimuliert, ist eine Organisation, die schnell veraltet, die an Kraft verliert, deren Stärke schwindet und die sich schließlich politisch selbst liquidiert" (FSLN 1979: 31). Diesen Weg ist Daniel Ortega konsequent gegangen. Die Hülle der FSLN ist heute absolut leer: Es gibt keine Organisation, kein Programm, keine Diskussion, keine Leitung, keine Kongresse, es gibt nur noch einen Namen, der an ein politisches Projekt – die Sandinistische Revolution – erinnert, für das Tausende junger Menschen ihr Leben gegeben haben und auf das einst Millionen von Menschen der ganzen Welt große Hoffnungen gesetzt hatten.

Das Vermächtnis, das diese "compas" (Kumpel, Freunde, Genossen) – so wurden zu jener Zeit die Kämpferinnen und Kämpfer genannt, die häufig noch als halbe Kinder in den Krieg zogen, um ihre Revolution zu verteidigen – den Überlebenden hinterlassen, besteht darin, das historische Experiment der Sandinistischen Revolution nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Es

gilt, ihre negativen Auswüchse zu studieren und aufzuarbeiten, um sie nicht noch ein weiteres Mal zu wiederholen, und an ihren positiven Erfahrungen anzuknüpfen, um sie in kommende Emanzipationsprozesse einzubringen und kreativ weiterzuentwickeln.

## Abkürzungen

AFL-CIO	American Federation of Labour and Congress of Industrial Organizations
ATC	Asociación de Trabajadores del Campo
CADIN	Cámara de Industrias de Nicaragua
CAUS	Central de Acción y Unidad Sindical
CCCN	Confederación de Cámaras de Comercio de Nicaragua
CDC	Comités de Defensa Civil
CDS	Comités de Defensa Sandinista
CGTi	Confederación General del Trabajo Independiente
CIA	Central Intelligence Agency
CIERA	Centro de Investigaciones y Estudios de la Reforma Agraria
COSEP	Consejo Superior de la Empresa Privada
CSE	Consejo Supremo Electoral
CSJ	Corte Suprema de Justicia
CSN	Coordinadora Sindical de Nicaragua
CST	Central Sandinista de Trabajadores
CTN	Central de Trabajadores de Nicaragua
CUS	Confederación de Unificación Sindical
FO	Frente Obrero
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
ICJ	International Court of Justice
JGRN	Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional
JS19	Juventud Sandinista 19 de Julio
LASA	Latin American Studies Association
MAP-ML	Movimiento de Acción Popular – Marxista Leninista
MDN	Movimiento Democrático de Nicaragüense
MLC	Movimiento Liberal Constitucionalista
MPU	Movimiento Pueblo Unido
MUR	Movimiento de Unidad Revolucionaria
PCD	Partido Conservador Democrático
PCdeN	Partido Comunista de Nicaragua
PCN	Partido Conservador de Nicaragua
PLI	Partido Liberal Independiente

PPSC	Partido Popular Social Cristiano
PRT	Partido Revolucionario de Trabajadores
PSC	Partido Social Cristiano
PSN	Partido Socialista Nicaragüense
UNAG	Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos
UNAN	Universidad Nacional Autónoma de Nicaragua
UNO	Unión Nacional Opositora
UPANIC	Unión de Productores Agropecuarios de Nicaragua

## Literaturverzeichnis

- Álvarez, Gabriel / Vintró, Joan (2009): Evolución Constitucional y Cambios Constitucionales en Nicaragua (1987-2007), in: Salvador Martí i Puig / David Close (Hg.), *Nicaragua y el FSLN (1979-2009): ¿Qué Queda de la Revolución?*, 169-220, Barcelona, edicions bellaterra.
- Baltodano, Mónica (2010): Memorias de la Lucha Sandinista: El camino a la unidad y al triunfo: Chinandega, Frente Sur, Masaya y la toma del Búnker, Band 3, Managua, IHNCA-UCA.
- Baltodano, Mónica (2014): "*¿Qué régimen es éste? ¿Qué mutaciones ha experimentado el FSLN hasta llegar a lo que es hoy?*", in: Revista Envío no. 382-383 enero-febrero 2014, Managua, IHNCA-UCA.
- Baumeister, Eduardo (1991): Agrarian Reform, in: Thomas Walker (Hg.), *Revolution and Counterrevolution in Nicaragua*, 229-245, Boulder, Westview Press.
- Belli, Gioconda (2003): *Die Verteidigung des Glücks* (original: *El país bajo mi piel*), München, dtv.
- Bendaña, Alejandro (1991): *Una Tragedia Campesina – Testimonios de la resistencia*, Managua, Editora de Arte.
- Bendaña, Alejandro (2007): *Sandino: Mística, Libertad y Socialismo*, Managua, Centro de Estudios Internacionales.
- Blandón, Chuno (2013): *Carlos Fonseca, sacrificado - ¿Quiénes le enviaron a la muerte?*, Managua, Segovia Ediciones Latinoamericanas.
- Cabezas, Omar (1988): Organisiert Euch, wie Ihr wollt, und für die Ziele, die Ihr wollt, Interview von Mariuca Lomba in: *Pensamiento Próprio*, AñoVI, No.52, Juli-August 1988, 45-48, Managua, INIES / CRIES.
- Calero, Adolfo (2010): *Crónicas de un Contra: La historia relatada por uno de sus protagonistas*, Managua, Esquipulas Zona Editorial.
- Cardenal, Ernesto (2004): *La Revolución Perdida*, Managua, anamá Ediciones.
- Cardenal, Fernando (2009): *Junto a mi pueblo, con su revolución – Memorias*, Madrid, Editorial Trotta.
- Carrión, Luis (2011): Testimonio de Luis Carrión, [online] <https://www.youtube.com/watch?v=SdcAYfg59Ks> [14.06.2017].
- Centro de Investigaciones y Estudios de la Reforma Agraria (Kurzform: CIERA) (1984): *La Democracia Participativa en Nicaragua*, Managua, CIERA.
- Christian, Shirley (1985): *Nicaragua – Revolution in the Family*, New York, Random House.
- Chuchryk, Patricia (1991): Women in the Revolution, in: Thomas Walker (Hg.), *Revolution and Counterrevolution in Nicaragua*, 143-165, Boulder, Westview Press.

- Comisión Interamericana de Derechos Humanos (Kurzform: CIDH) (1984): *Informe sobre la situación de los derechos humanos de un sector de la población nicaragüense de origen miskito*, Washington D.C., Secretaría General OAS.
- Corte Suprema de Justicia (Kurzform: CSJ) (o.J.): La Constitución Política y sus Reformas, [online] [http://www.poderjudicial.gob.ni/pjupload/archivos/documentos/LA\\_CONSTITUCION\\_POLITICA\\_Y\\_SUS\\_REFORMAS\(3\).pdf](http://www.poderjudicial.gob.ni/pjupload/archivos/documentos/LA_CONSTITUCION_POLITICA_Y_SUS_REFORMAS(3).pdf) [29.05.2017].
- Cruz, Arturo (2010): *Crónica de un Disidente*, Managua, Lea Grupo Editorial.
- d'Escoto, Miguel (2009): *Antiimperialismo y Noviolencia*, Mexico, D.F., Ocean Sur.
- Dickey, Christopher (1985): *With the Contras: A Reporter in the Wilds of Nicaragua*, New York, Simon & Schuster.
- Envío (1986): Nicaragua: Un paso más: los cabildos abiertos, [online] <http://www.envio.org.ni/articulo/495> [06.07.2017].
- Envío (1988): Nicaragua: La Reforma Monetaria: ¿inicio de una insurrección económica?, [online] <http://www.envio.org.ni/articulo/558> [17.06.2017].
- Estatuto de la Autonomía de las Regiones de la Costa Atlántica de Nicaragua (1987), [online] [http://legislacion.asamblea.gob.ni/Norma-web.nsf/\(\\$All\)/9F88A9114C4CA12F062570A100578099?OpenDocument](http://legislacion.asamblea.gob.ni/Norma-web.nsf/($All)/9F88A9114C4CA12F062570A100578099?OpenDocument) [05.06.2017].
- Ferrero, María (2015): El diseño de las instituciones en el Estado Sandinista (1979-1982): la revolución como fuente de derecho, in: *Revista de Indias*, Vol.LXXV, No.265, 805-850, [online] <http://revistadeindias.revistas.csic.es/index.php/revistadeindias/article/view/1005/1078> [11.06.2017].
- Fonseca Amador, Carlos (2006): *Obra Fundamental*, Managua, Aldilá Editor.
- Fonseca Amador, Carlos (1985): *Viva Sandino*, Managua, Editorial Nueva Nicaragua.
- Fonseca Terán, Carlos (2005): *El poder, la propiedad, nosotros ... – La Revolución Sandinista y el problema del poder en la transformación revolucionaria de la sociedad nicaragüense*, Managua, Editorial HISPAMER.
- FSLN (1979): *Análisis de la coyuntura y tareas de la revolución popular sandinista: Asamblea de cuadros rigoberto lópez perez 21, 22 y 23 de septiembre de 1979*, ohne Ortsangabe, Secretaría nacional de propaganda y educación política del FSLN, [online] <http://www.mediafire.com/file/gm3tymcnuuu/72horas-peque.pdf> [12.05.2017].
- FSLN (1984): *Programa Histórico del FSLN*, Managua, Departamento de Propaganda y Educación Política del FSLN.
- Garvin, Glenn (1992): *Everybody Had His Own Gringo – The CIA & the Contras*, McLean, Brassey's.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Kurzform: GEW), Berlin; Forschungs- und Dokumentationszentrum Lateinamerika (Kurzform: FDCL) (Hg.) (1982): *Der Kampf hat viele Gesichter: Gewerkschaften in Nicaragua, El Salvador und Guatemala*, Wuppertal, Edition Nahua.

- Gilbert, Dennis (1988): *Sandinistas – The Party and the Revolution*, New York, Basil Blackwell.
- González, Miguel / Figueroa, Dolores (2009): Nicaragua multicultural: Autonomía en la Costa Caribe, in: Salvador Martí i Puig / David Close (Hg.), *Nicaragua y el FSLN (1979-2009): ¿Qué queda de la revolución?*, 313-349, Barcelona, edicions ballaterra.
- Gottwald, Gaby et al. (Hg.) 1988: *Die Contra Connection: Die internationalen Contramacher und ihre Bundesdeutschen Helfer*, Hamburg, Konkret Literatur Verlag.
- Grolle, Benjamin (1987): Exportartikel für gutgläubige Europäer: Nicaraguas neue Verfassung verabschiedet, in: *Nicaragua Zeitung*, Nr.8, 1987, Hamburg, Nicaragua Verein Hamburg.
- Guevara, Onofre (2008): *Cien años de movimiento social en Nicaragua*, Managua, Instituto de Historia de Nicaragua y Centroamérica de la Universidad Centroamericana IHNCA-UCA.
- Guevara, Onofre (2014): *Nicaragua: Mi lectura de su historia contemporánea*, Managua, Onofre Guevara López.
- Hassan, Moisés (2009): *La maldición del güegüense*, Managua, PAVSA.
- Hodges, Donald (1986): *Intellectual Foundations of the Nicaraguan Revolution*, Austin, University of Texas Press.
- Hoyt, Katherine (1997): The Many Faces of Sandinista Democracy, in: *Monographs in International Studies, Latin America series*, Vol.27, Athens, Ohio University Center for International Studies.
- Informationsbüro Nicaragua e.V. (1985): *Sandinismus und Arbeiterinteressen: Gewerkschaften und Kleinbauernverband in Nicaragua*, Wuppertal, Edition Nahua.
- International Court of Justice (Kurzform: ICJ) (1988): *Memorial of Nicaragua (Compensation)*, [online] <http://www.icj-cij.org/docket/files/70/9621.pdf> [05.06.2017].
- Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional (Kurzform: JGRN) (1979a): *Programa de la Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional*, [online] <http://repositorio.uca.edu.ni/1883/1/Primera%20proclama%20del%20Gobierno%20de%20Reconstrucci%C3%B3n%20Nacional.pdf> [07.05.2017].
- JGRN (1979b): Estatuto Fundamental de la Republica, [online] [sajurin.enriquebolanos.org/vega/docs/Estatuto fundamental de la República.pdf](http://sajurin.enriquebolanos.org/vega/docs/Estatuto%20fundamental%20de%20la%20Rep%C3%BAblica.pdf) [09.05.2017].
- JGRN (1979c): Estatuto sobre Derechos y Garantías de los Nicaragüenses, [online] [http://sajurin.enriquebolanos.org/vega/docs/JGRN\\_0052.pdf](http://sajurin.enriquebolanos.org/vega/docs/JGRN_0052.pdf) [09.05.2017].
- JGRN (1979d): Uso de la Denominación "Sandinista", [online] [http://sajurin.enriquebolanos.org/vega/docs/JGRN\\_0067.pdf](http://sajurin.enriquebolanos.org/vega/docs/JGRN_0067.pdf) [28.05.2017].
- Kinloch, Frances (2015): *Historia de Nicaragua*; Managua: UCA, IHNCA.
- Kinzer, Stephen (2007): *Blood of Brothers: Life and War in Nicaragua*, Cambridge (Mass.), Harvard University, The David Rockefeller Center Series on Latin American Studies.



- Klatt, Matthias (2017): Rechtsstaat, in: Eric Hildendorf / Jan Joerden (Hg.), *Handbuch Rechtsphilosophie*, Stuttgart, J. B. Metzler Verlag.
- Latin American Studies Association (Kurzform: LASA) (1984): *The Electoral Process in Nicaragua: Domestic and International Influences: The Report of the Latin American Studies Association Delegation to Observe the Nicaraguan General Election of November 4, 1984*, Austin, LASA.
- LASA (1990): *Electoral Democracy Under International Pressure: The Report of the Latin American Studies Association Commission to Observe the 1990 Nicaraguan Election*, Pittsburgh, LASA.
- Lawyers Committee for International Human Rights (Kurzform: LCHR) (1985): *Nicaragua: Revolutionary Justice: A Report on Human Rights and the Judicial System*, New York, Lawyers Committee for International Human Rights.
- Lenin, Wladimir I. (1970): *Staat und Revolution: Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution*, Berlin, Dietz Verlag Berlin
- Linfield, Michael (1991): Human Rights, in: Thomas Walker (Hg.), *Revolution and Counter-revolution in Nicaragua*, 275-294, Boulder, Westview Press.
- Lobel, Jules (1991): The Meaning of Democracy: Representative and Participatory Democracy in the New Nicaraguan Constitution, in: Kenneth Mijeski (Hg.), *The Nicaraguan Constitution of 1987: English Translation and Commentary*, 253-345, Athens, Ohio University Center for International Studies.
- Martí i Puig, Salvador / Close, David (2009): *Nicaragua y el FSLN (1979-2009): ¿Qué queda de la revolución?*, Barcelona, edicions bellaterra.
- Martínez Cuenca, Alejandro (1990): *Nicaragua: Una década de retos*, Managua, Editorial Nueva Nicaragua.
- Marx, Karl (1973): Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: *MEW* Bd. 17, 313-362, Berlin, Dietz Verlag Berlin.
- Miranda, Roger / Ratliff, William (1994): *The Civil War in Nicaragua – Inside the Sandinistas*, New Brunswick, Transaction Publishers.
- Mora, Luis (1991): *Participación Popular y Democracia en Nicaragua – De los Comités de Defensa Sandinista (CDS) al Movimiento Comunal Nicaragüense (1979 – 1991)*, Managua, INIES.
- Narváez, Zoilamérica (1998): *Testimonio de Zoilamérica Narváez contra su padrastro Daniel Ortega*, [online] <http://www.latinamericanstudies.org/nicaragua/zoilamerica-testimonio.htm> [03.06.2017]
- Nolan, David (1985): *The Ideology of the Sandinistas and the Nicaraguan Revolution*, Miami, Institute of Interamerican Studies.
- Nolte, Detlef (2000): Ursachen und Folgen mangelnder Rechtssicherheit und hoher Kriminalitätsraten in Lateinamerika, in: *Brennpunkt Lateinamerika, Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, Nr. 8, April 2000, Hamburg, Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg.

- Núñez de Escorcía, Vilma (2014): ¿Por qué no ha habido en Nicaragua justicia transicional? ¿Sería posible aquí una Comisión de la Verdad?, in: *Envío*, No.387, Juni 2014, [online] <http://www.envio.org.ni/articulo/4857> [11.06.2017].
- Núñez de Escorcía, Vilma (2017): persönliche Korrespondenz per E-Mail vom 05.06.2017.
- Núñez Soto, Orlando (1989): La Explosión de la Democracia, in: Centro de Documentación y Ediciones Latinoamericanas (Kurzform: CEDEL), *Democracia y Revolución: Simposio Internacional Managua-Nicaragua 1989*, Managua, CEDEL.
- Núñez Soto, Orlando (2014): *La Revolución Rojinegra*, Managua, Fondo Cultural Caruna, R.L., Darío y Sandino.
- Núñez Soto, Orlando / Burbach, Roger (1986): *Democracia y Revolución en las Américas*, Managua, Vanguardia.
- Ortega, Humberto (1987): FSLN: Statement on the Electoral Process (August 1980), in: Robert Leiken / Barry Rubin (Hg.), *The Central American Crisis Reader: The Essential Guide to the Most Controversial Foreign Policy Issue Today*, 227-229, New York, Summit Books.
- Ortega, Humberto (2004): *La Epopeya de la Insurrección*, Managua, Lea Grupo Editorial.
- Ortega, Humberto (2013): *La Odisea por Nicaragua*, Managua, Lea Grupo Editorial.
- Prevost, Gary (1991): The FSLN as Ruling Party, in: Thomas Walker (Hg.), *Revolution and Counterrevolution in Nicaragua*, 101-115, Boulder, Westview Press.
- Ramírez, Sergio (1991): *Confesión de amor*, Managua, Ediciones Nicarao.
- Ramírez, Sergio (2001): *Adiós, Muchachos! Eine Erinnerung an die sandinistische Revolution*, Wuppertal, Peter Hammer Verlag.
- Randall, Margaret (1999): *Las hijas de Sandino – Una historia abierta*, Managua, anamá Ediciones.
- Reding, Andrew (1991): Nicaragua's new Constitution: A Close Reading, in: Kenneth Mijeski (Hg.), *The Nicaraguan Constitution of 1987: English Translation and Commentary*, 77-126, Athens, Ohio University Center for International Studies.
- Rocha, José Luis (2013): Aniversario 34 de la Revolución: 34 años de olvido culpable, 23 de interesada memoria, in: *Envío*, No.376, Julio 2013, [online] <http://www.envio.org.ni/articulo/4712> [03.06.2017].
- Sandoval, Milton / Cruz, José / Rodríguez, Celia (1995): *Programa de Cara al Pueblo: una nueva concepción de comunicación en Nicaragua durante la década del 80*, Tesis de Licenciatura en Periodismo, UCA, Managua.
- Serra, Luis (1991): The Grass-Roots Organizations, in: Thomas Walker (Hg.), *Revolution and Counterrevolution in Nicaragua*, 49-75, Boulder, Westview Press.
- Sklar, Holly (1988): *Washington's War on Nicaragua*, Cambridge (Mass.), South End Press.

- SPIEGEL ONLINE (2017): May zur Einschränkung der Menschenrechte bereit, [online] <http://www.spiegel.de/politik/ausland/theresa-may-erwaegt-im-anti-terror-kampf-einschraenkung-der-menschenrechte-a-1150947.html> [08.06.2017].
- US Department of State (1986): *Inside the Sandinista Regime: A Special Investigator's Perspective*, Washington D.C., U.S. Government Printing Office.
- Vargas, Oscar R. (1991): *Adonde va Nicaragua: Perspectivas de una revolución latinoamericana*, Managua, Ediciones Nicarao.
- Vilas, Carlos M. (1984): *Perfiles de la Revolución Sandinista*, Havanna, Ediciones Casa de las Américas.
- Walker, Thomas (Hg.) (1985): *Nicaragua: The First Five Years*, New York, Praeger Publishers.
- Walker, Thomas (Hg.) (1991): *Revolution & Counterrevolution in Nicaragua*, Boulder, Westview Press.
- Walker, Thomas W. (2003): *Nicaragua – Living in the Shadow of the Eagle*, Boulder, Westview Press.
- Weltbank (2017): Daten über Nicaragua, [online] <http://data.worldbank.org/country/nicaragua?view=chart> [15.05.2017].
- Wheelock, Jaime (1983): *El gran desafío*, Entrevista por Marta Harnecker, Managua, Editorial Nueva Nicaragua.
- Ziemer, Klaus (1998): Real existierender Sozialismus, in: Dieter Nohlen (Hg.), *Lexikon der Politik*, Bd. 7, 534-535, München, Verlag S. H. Beck
- Zimmermann, Mathilde (2000): *Sandinista – Carlos Fonseca and the Nicaraguan Revolution*, Durham, Duke University Press.

## Anhang

### Entwicklung Nicaraguas und Interventionen der USA

- 1821 Unabhängigkeit Mittelamerikas von Spanien
- 1823 Bildung der Föderation Mittelamerikas  
US-Präsident Monroe verkündet die nach ihm benannte Doktrin, nach der die USA sich als Schutzmacht der westlichen Hemisphäre verstehen
- 1838 Unabhängigkeit Nicaraguas von der Föderation  
Erste Verfassung Nicaraguas
- 1841 Großbritannien verlangt (ohne Erfolg) von Nicaragua, den von ihm ernannten Miskito-König Frederick der Mosquitia (Karibikküste) anzuerkennen
- 1844 Britische Marines besetzen Bluefields
- 1848 Entdeckung des Goldes in San Francisco; Tausende Goldsucher passieren Nicaragua auf ihrem Weg nach Kalifornien  
Britische Truppen besetzen San Juan del Norte und ernennen einen unter ihrem Schutz stehenden Miskito-Gouverneur
- 1849 Der US-Magnat Vanderbilt erhält das Monopol für das Befahren der nicaraguanischen See- und Landwege für den interozeanischen Personentransport; die USA erkennen die Oberhoheit Nicaraguas über diese Route an
- 1849 Costa Rica schließt einen Vertrag mit einer britischen Firma zum Bau eines interozeanischen Kanals ab
- 1850 Clayton-Bulwer-Vertrag zwischen den USA und Großbritannien, keinen alleinigen Einfluss auf den zukünftigen interozeanischen Kanal zu beanspruchen
- 1855 Der US-amerikanische Filibuster William Walker landet mit einer Freiwilligenarmee in Nicaragua
- 1856 Walker ruft sich selbst zum Präsidenten Nicaraguas aus
- 1857 Im gemeinsamen Kampf der Parteien Nicaraguas und unterstützt von anderen mittelamerikanischen Streitkräften wird Walker geschlagen und verjagt  
Erneuter Einmarsch William Walkers in Nicaragua; Nicaragua und Costa Rica vereinigen wieder ihre Kräfte und schlagen ihn erneut
- 1858 Nicaragua und Costa Rica vereinbaren, dass das Department Nicoya definitiv zu Costa Rica und der Grenzfluss Rio San Juan zu Nicaragua gehören  
Vertrag Nicaraguas und Costa Ricas mit Frankreich zum Bau eines interozeanischen Kanals
- 1860 Großbritannien erkennt die Hoheit Nicaraguas über die Karibikküste an

- Nach zwei weiteren Versuchen, Mittelamerika zu unterwerfen, wird William Walker in Honduras gestellt und hingerichtet
- ab 1860      Konservative Ära; wirtschaftliche Entwicklung; Export von Holz und Kaffee; Transitland zur Westküste der USA mittels Dampfschiffen und Eisenbahn
- 1893      Der Liberale José Santos Zelaya übernimmt nach kurzen Gefechten die Präsidentschaft Nicaraguas
- 1898      Militärexpedition zur Integration der Mosquitia (Karibikküste) in Nicaragua
- 1909      bewaffnete Rebellion gegen Zelaya; Rücktritt Zelayas auf Druck der USA
- 1910      US-Botschafter Dawson vermittelt zwischen Konservativen und Liberalen
- 1911      Gemeinsame provisorische Regierung beider Parteien
- Nicaragua erhält einen Kredit eines US-Banken-Konsortiums und überträgt dafür seine Steuererhebung einem Funktionär der USA
- 1912      Nach internen Konflikten und lokalen Aufständen landen auf Aufforderung des Präsidenten Díaz 1.300 US-Marines in Corinto
- Finanzprotektorat Nicaragua: die Steuererhebung, die Nationalbank und eine gemischte Kommission zur Kontrolle der Staatsausgaben werden durch vom US-Außenministerium ernannte Funktionäre geleitet
- 1914      Chamorro-Bryan-Vertrag: für 3 Mio. Dollar wird das alleinige und dauerhafte Recht für den Bau eines interozeanischen Kanals an die USA vergeben
- 1920      Manipulierte Wahlen; gemeinsame Kommission der USA und Nicaraguas zur Reform des Wahlgesetzes
- 1924      Erneute Wahlen mit großen Unregelmäßigkeiten; Bildung einer Koalitionsregierung von Konservativen und Liberalen
- 1925      Abzug der US-Truppen aus Nicaragua
- 1926      Militärputsch von Emiliano Chamorro
- Bürgerkrieg zwischen konservativer Regierung und aufständischen Liberalen
- 1927      2.000 Marines der USA landen auf Bitte des Präsidenten erneut in Nicaragua, um die Regierung zu verteidigen
- Pakt von Espino Negro, in dem die Liberalen und die Konservativen einen Waffenstillstand und die Abhaltung von Wahlen vereinbaren
- Augusto C. Sandino erkennt diese Vereinbarung nicht an und setzt den Kampf gegen die US-Besatzung mit der unter seinem Kommando stehenden Verteidigungsarmee der Nationalen Souveränität fort
- 1928      Der Liberale General Moncada wird zum Präsidenten gewählt
- Die USA gründen die von US-Offizieren aufgebaute und geführte Nationalgarde und rüsten sie für den Einsatz nach Innen aus

- 1933 Abzug der US-Truppen  
Sandino legt die Waffen nieder  
Anastasio Somoza García wird von den USA zum Chef der Nationalgarde ernannt
- 1934 Sandino wird auf Befehl Somoza Garcías entführt und ermordet
- 1936 Somoza García putscht gegen den zivilen Präsidenten Sacasa
- 1937 Somoza García wird zum Präsidenten Nicaraguas gewählt
- 1955 Sein Sohn Anastasio Somoza Debayle wird Chef der Nationalgarde
- 1956 Somoza García wird ermordet
- 1956 – 1963 Sein anderer Sohn Luis Somoza Debayle übernimmt die Präsidentschaft
- 1967 – 1972 Dessen Bruder Anastasio Somoza Debayle wird Präsident
- 1974 – 1979 Erneute Präsidentschaft von Somoza Debayle
- 1977 Die katholische Bischofskonferenz verurteilt die Unterdrückung Somozas  
Anastasio Somoza Portocarrero, Sohn des Präsidenten, wird Chef der Militärschule der Nationalgarde EEBI
- 1978 Ermordung des konservativen Verlegers Pedro Joaquín Chamorro  
Die USA und die Organisation Amerikanischer Staaten OAS fordern Somoza zur Übergabe der Macht an eine zivile Regierung auf
- 1979 Sturz der Somoza-Diktatur durch einen Volksaufstand: Machtübernahme durch die Sandinistische Befreiungsfront FSLN
- 1980 Ermordung Somozas im Exil in Paraguay
- 1981 Beginn der bewaffneten Konterrevolution durch die US-geführten Contras
- 1982 US-Präsident Reagan genehmigt einen geheimen CIA-Plan zum Sturz der sandinistischen Regierung  
Zwangsumsiedelungen von 8.000 Miskitos durch die Sandinistische Armee
- 1983 Die US-Regierung genehmigt 80 Mio. Dollar für den geheimen Krieg gegen Nicaragua  
US-Spezialeinheiten schießen von See her nicaraguanische Öltanks in Brand und verminen die Häfen El Bluff und Corinto  
Die Regierung Nicaraguas beschließt die allgemeine Wehrpflicht
- 1984 Wahl Daniel Ortegas zum Präsidenten und eines pluralistischen Parlamentes  
Wiederwahl von US-Präsident Reagan, der mit direkten Angriffen auf Nicaragua droht

- 1985 Reagan verordnet einen totalen Wirtschaftsboykott Nicaraguas und der US-Kongress genehmigt weitere 27 Mio. Dollar für die Contra
- Die Contadora-Gruppe bemüht sich um eine Friedenslösung für ganz Mittelamerika
- 1986 Der US-Kongress genehmigt weitere 110 Mio. Dollar zur Finanzierung der Contra
- Der Internationale Gerichtshof (IGH) verurteilt die USA wegen ihrer militärischen und paramilitärischen Aktionen gegen Nicaragua
- 1987 Das zweite Gipfeltreffen der Präsidenten Mittelamerikas verständigt sich darauf, einen Versöhnungs- und Demokratisierungsprozess für Mittelamerika einzuleiten
- 1988 Waffenstillstand von Sapoá zwischen sandinistischer Armee und den Contras
- 1989 Nationaler Dialog mit allen politischen Parteien und Vereinbarung von Wahlen im Februar 1990
- 1990 Wahl der Oppositions-Kandidatin Violeta Barrios de Chamorro zur Präsidentin
- 1991 Nicaragua verzichtet auf materielle Wiedergutmachung für die ihm zugefügten Schäden durch die USA
- 1996 Wahl des liberalen Arnoldo Alemán zum Präsidenten
- 2001 Wahl des Konservativen Enrique Bolaños zum Präsidenten
- 2006 Daniel Ortega wird erneut zum Präsidenten gewählt
- 2011 Wiederwahl Ortegas zum Präsidenten
- 2017 zweite Wiederwahl Ortegas zum Präsidenten und Wahl seiner Ehefrau Rosario Murillo zur Vize-Präsidentin